Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1908

83 (7.4.1908)

Visual Library

Nr. 83. Karlsruhe, Dienstag, den 7. April 1908. 28. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. **Abonnementspreis:** Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Sprechstunde der Redaktion: 12—½1 Uhr. Redaktionsschluß: ½10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. ½9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends ½7 Uhr.

Druck und Verlag Buchdruckerei Geck & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Residenz, Letzte Post, Feuilleton und Unterh.-Beilage: A. Weißmann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Ein wahrhaft preußischer Sieg.

Mit 200 gegen 179 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen hat der Reichstag am Samstag den § 7 des Reichsvereinsgesetzes angenommen. Die preußische Politik der Ausnahmegesetzgebung, die sich zurzeit mit ihrer ganzen Macht gegen das unglückliche Polenvolk richtet, hat damit über das deutsche Volk, das diese Politik nicht will, und über die deutschen Regierungen, die an ihr zum mindesten nicht interessiert sind, einen bedeutenden Sieg erfochten.

Fürst Bülow, der Verächter des Reichstagswahlrechts, sieht seinen Block gefestigt; er kann sich rühmen, der sichere Beherrscher des Reichstags zu sein, den er anfangs Mai in die halbjährigen Sommerferien schicken wird. Das entscheidende Uebergewicht der preußischen Regierung im Bundesrat ist vor aller Welt klargestellt, man weiß jetzt deutlicher als je zuvor, daß die hohen verbündeten Regierungen weiter nichts sind als Gliederpuppen an einer schwarzweißen Schnur. Der verhaßten gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung sind zum Jubel der Unternehmer neue schwere Fesseln auferlegt; es wird ihr in Zukunft auf deutschem Boden nicht mehr gestattet sein, die internationale Solidarität der Ausgebeuteten in allen Zungen zu predigen. Wichtiger aber noch als dies alles ist die Tatsache, daß es der preußischen Regierung gelungen ist, diesen Sieg mit Hilfe der bürgerlich-freisinnigen Demokratie zu erringen, die damit, nicht formell aber faktisch, ihren Eintritt in die nationalliberale Partei vollzogen hat.

Nur vier bürgerlich-liberale Abgeordnete, die Herren Haußmann, Dohrn, Potthoff und Neumann-Hofer, zeigten sich mannhaft genug, dem ungeheuren Druck, der auf sie ausgeübt worden war, zu widerstehen, sie stimmten mit der Minderheit gegen den Ausnahmeparagraphen. Diesen Mut muß man ihnen um so höher anrechnen, als der Sieg des Blocks nur auf die schwächliche Rücksichtsträgerei einer Gruppe freisinniger Abgeordneter zurückzuführen ist, die aus Furcht vor allgemein politischen Folgen gegen ihre Ueberzeugung für den § 7 stimmten. Hätten diejenigen freisinnigen Abgeordneten, die sich im Innern der Verächtlichkeit ihrer Handlungsweise vollkommen klar bewußt waren, nicht aus Angst ihre Ueberzeugung verleugnet, so hätte der Abend des 4. April den Fürsten Bülow und seinen Block nicht als Sieger gesehen. Zu jenen Rücksichtsträgern gehört auch der Herr v. Payer, der am Samstag mit dem ganzen Trotz des Renegaten gewappnet in die Schranken trat und mit der Kunst eines schlechten Rechtsanwalts alle Ueberzeugungen vertrat, die er vor drei Wochen noch nicht hatte. Minder unsympathisch als Menschen, aber noch weniger achtbarer als Politiker sind jene anderen, die gar nicht redeten, sondern bloß stimmten, obwohl sie wußten, daß das Urteil, das ihre eigenen Parteigenossen außerhalb des Parlaments, die Barth, Breitscheid, Gerlach, Quidde, Muser, Elsas und viele andere über eine solche Handlungsweise ausgesprochen hatten, den Nagel auf den Kopf traf. Diese Jasager sind keine Lumpen, wenn sie sich auch selbst in bitterer Verzweiflung als solche bezeichnen möchten, sie sind bloß Schwächlinge. Die Schwäche des Liberalismus hat aber mehr Schuld an dem Elend unserer politischen Zustände als die Kraft der Reaktion.

Die Abstimmung über den § 7 hat die Kluft zwischen der proletarischen Demokratie und dem bürgerlichen Liberalismus noch breiter und tiefer aufgerissen. Sie hat das Vertrauen, das auch die sozialdemokratischen Arbeiter in die freiheitliche Grundgesinnung von Männern wie Träger und Schrader setzten, vernichtet, und damit die der preußischen Regierung erwünschte Isolierung der Sozialdemokratie auf die Spitze getrieben. Für eine Partei, die sich einmal auf die schiefe Bahn der Ausnahmegesetzgebung begeben hat, ist nichts mehr unmöglich, ihr kann eines Tages auch die Bewilligung eines kleinen Sozialistengesetzes oder die Beseitigung eines Stücks der Reichstagswahlrechts gegen irgendwelche anderweitigen zweifelhaften „Zugeständnisse an den Liberalismus" als ein höchst vorteilhafter Tausch erscheinen. Hat doch die Rede des Herrn v. Payer für alle Zukunft die Schablone geliefert, mit der jeder derartige Kompromiß als liberale Ruhmestat übermalt werden kann. Kein Wunder, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter einer solchen freisinnigen Partei mit noch tieferem Mißtrauen gegenüberstehen als dem im Grunde reaktionären Zentrum. Dies ist die notwendige Folge davon, daß der Payerfreisinn die Vertretung demokratischer Grundsätze Herrn Peter Spahn und dem Antisemiten Bindewald überlassen hat!

Man könnte eine solche Entwicklung der Dinge beklagen, wenn es nicht besser wäre, das bloße Klagen Politikern vom Schlage des Herrn Naumann zu überlassen und aus erkannten Tatsachen mit unerschütterlichem Ernste die Konsequenzen zu ziehen.

Diese Konsequenzen werden sich nicht bloß im Verhältnis zwischen Freisinn und Sozialdemokratie bemerkbar machen, das ja kaum noch einer Verschlechterung fähig war, sondern mehr noch innerhalb der freisinnigen Partei selbst. Während sich die Einigung aller noch sogenannten liberalen Gruppen nach rechts, zum Nationalliberalismus sichtbar vollzieht, wird sich entscheiden müssen, ob außerhalb dieses reaktionären „Gesamtliberalismus" die Existenz einer bürgerlich-demokratischen Gruppe als eines kleinen, aber doch aktiven Faktors der Politik überhaupt noch möglich ist. In den kleinen Fraktionen der Freisinnigen Vereinigung und der deutschen Volkspartei ist in einer Frage des Prinzips eine Spaltung zutage getreten, und die beiden Parteien werden sich entscheiden müssen, ob sie der Mehrheit oder der dissentierenden Minderheit ihrer Abgeordneten zustimmen wollen. Sie stehen jetzt vor der Frage, ob sie sich selber sprengen oder ob sie den paar ehrlichen Männern in ihren Reihen, auf die sie noch stolz sein dürften, die Türe weisen wollen.

Die Eingeschworenen des Blockfreisinns wünschen das zweite; sie brennen darauf, zu sehen, wie sich der letzte Rest einer bürgerlichen Demokratie unter dem Hohngelächter von Junkern und Junkergenossen zu Tode kämpft. Erst wenn die Skalps der Barth und Muser vor dem Blockhaus hängen, wird der Triumph der Kopsch und Payer vollkommen sein.

Die Sieger vom 4. April übersehen nur das eine: Indem sie den bürgerlichen Freisinn immer tiefer in den Sumpf der Korruption schleppen und die Haltung auf die politische Erneuerung Preußen-Deutschlands durch eine bürgerliche Partei auch im letzten Keim ertöten, stärken sie die Stellung der Sozialdemokratie als der einzigen freiheitlichen Kulturpartei des deutschen Reiches. Es ist der Stolz dieser Partei, daß sie im Kampfe gegen ein hassenswertes Ausnahmegesetz durch ihre Taktik an der Spitze gestanden hat.

•

Die Mainlinie.

Die „Sächs. Arb.-Ztg." charakterisierte die Kämpfe im Plenum des Reichstages in folgender zutreffender Weise: Die Mainlinie trennte die Kämpfer. Die Mainlinie, soweit sie eine Scheidung zweier Kulturen ist. Einen Augenblick nur war der demokratische Süden stärker gewesen als der verjunkerte Norden; aber dieser Augenblick entschied über die Versammlungsfreiheit in Deutschland. Denn wodurch wurde schließlich der Aufstand des Südens bekämpft — wenn wir absehen von dem brutalen Mittel der Wortentziehung? Durch den Hinweis darauf, **daß keine Regierung im demokratischen Süden wagen werde und wagen dürfe, die Vorschriften dieses Gesetzes gegen den Willen des Volkes anzuwenden!**

Und darin liegt eine tiefe politische Lehre: die „Preußen" können alles machen, auch wenn die Gesetze freiheitlich sind, die „Süddeutschen" dürfen nichts gegen das Volk unternehmen, auch wenn ihnen die Gesetze das „Recht" dazu geben würden. Nichts anderes lehrt dies, als daß die Preußenfrage heute die Zentralfrage für Deutschland ist, daß unsere preußischen Genossen das Landtagswahlrecht umwandeln müssen — Deutschland von Preußen zu befreien!

Deutsche Politik.

Die Entrechtung der Jugendlichen im Reichsvereinsgesetz.

Zu diesem aktuellen Thema wird dem „Vorwärts" von juristischer Seite geschrieben:

„In Preußen ist nach § 8 des Vereinsgesetzes „Schülern und Lehrlingen" die Mitgliedschaft in „politischen Vereinen" verboten. Was heißt hier „politische Vereine"? Nach eben demselben § 8: „Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern." An allen anderen Vereinen, auch politischen, dürfen heute in Preußen Schüler und Lehrlinge teilnehmen; insbesondere gilt das von Vereinen, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten und auch auf politische Angelegenheiten bezwecken. Denn nur wenn politische Gegenstände in Versammlungen erörtert werden und dies der Zweck des Vereins ist, greift jene Ausnahmebestimmung Platz.

Ganz anders im Reichsvereinsgesetzentwurfe! Der famose § 10a, der Börsenschacher-Kommissionspassus, verbietet zwar auch nur die Mitgliedschaft in „politischen Vereinen", aber hier heißt „politischer Verein" etwas ganz anderes als im preußischen Gesetz. Nach § 2 ist „jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt", ein „politischer Verein". Das geht viel weiter als selbst das berüchtigte preußische Juwel. Es beseitigt die bisherige Schranke: das Tatbestandsmerkmal des Zwecks der Erörterung in Versammlungen. Die Arbeiterschaft wird ihr blaues Wunder erleben. **Turn-, Radfahrvereine usw. werden dran glauben müssen:** man braucht den Umweg über die Schulaufsichtsbehörde nicht mehr; der Freisinn hat den Schwartzkopff-Holle diese Mühe abgenommen, auf daß dieser „Kulturmensch" künftig noch mehr Muße habe, den preußischen Untertanen Watte in die Ohren zu stopfen. Die Gewerkschaften werden auch betroffen werden; und mit ihnen die sozialpolitischen, nur wirtschaftliche Bildungszwecke verfolgenden preußischen Jugendorganisationen, die bisher zulässig waren. Die Geschichte der preußischen und sächsischen Polizeipraxis und Rechtsprechung stempelt hier jeden Optimisten zum Narren.

Und zu dieser gefährlichen Kautschukbestimmung nun noch die Ausdehnung des Verbots, das sich im geltenden preußischen Recht nur auf Schüler und Lehrlinge und die Vereine bezieht, auf alle Jugendlichen unter 18 Jahren und auf alle, auch die öffentlichen politischen Versammlungen.

Also in drei Beziehungen ein ungeheuerlicher Rückschritt sogar hinter die bisherigen preußischen Zustände!!! Von Süddeutschland und anderen kulturell entwickelteren Teilen Deutschlands ganz zu schweigen!"

Feiertage und Zölibat

sind als arge Hemmnisse des katholischen Volksteils in seiner wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung erkannt worden. Die klerikale „Germania" hat eine Diskussion über die Ursachen der katholischen Inferiorität eröffnet und bringt nun täglich interessante Zuschriften aus Geistlichen- und Laienkreisen über dieses heikle Gebiet. Ein Geistlicher aus der Rheinprovinz macht für die geringere Zahl katholischer Studierender das Zölibat der katholischen Kleriker verantwortlich.

> Das protestantische Pfarrhaus liefert dem Staat eine große Masse von Beamten, den Gymnasien und Universitäten eine große Menge Studierender, denn wir haben über zwanzigtausend protestantische Pfarrer in Deutschland. Sie sind finanziell bedeutend besser gestellt, als die katholischen Geistlichen, sie sind darauf angewiesen, ihre Söhne dem Studium zuzuführen; sie sind vermöge reicher Heiraten in den meisten Fällen auch sehr wohl dazu imstande. . . . Wen wundert es also, daß der Regierung an protestantischen Akademikern tatsächlich ein viel größeres Angebot zur Verfügung steht für einträgliche Beamtenstellen als an katholischen?

Die Konsequenz dieser Beweisführung? Aufhebung des Zölibats der katholischen Geistlichen, Gewährung der Möglichkeit, im Interesse der äußern Macht des Klerikalismus an der Erzeugung eines studierfähigen katholischen Nachwuchses mitzuwirken! Vielleicht läßt sich Rom dem Zentrum zuliebe erweichen. In der Frage der allzuvielen katholischen Feiertage schreibt der „Germania" ein höherer Justizbeamter aus dem Osten:

> Der katholische Arbeiter usw. wird, wenn er feiern muß, um einen vollen Tagesverdienst gebracht. Und dies nicht allein. Man sehe doch einmal, wie solch ein Feiertag gefeiert wird. Viele Arbeiter verbringen den Feiertag in der Schänke, verkneipen ihren Wochenlohn, machen sich für den nächsten Tag arbeitsunfähig und lassen ihre Familie darben! Der Wunsch nach Verlegung der katholischen Feiertage ist unter den Katholiken fast allgemein. Die Feiertage sollen ja nicht abgeschafft, sondern nur auf den Sonntag verlegt werden. Es wird gehofft, daß hier seitens der kirchlichen Behörde Remedur geschaffen werde.

Neben dem klerikalen Urteil über die Verkommenheit der Arbeiter — wohlgemerkt frommer katholischer Arbeiter! — ist bemerkenswert die allgemeine abschätzige Beurteilung der katholischen Feiertage. Wenn von nichtkatholischer Seite in ähnlicher Weise und mit ähnlichen Gründen, wie hier von einem hohen katholischen Justizbeamten, die Verlegung der Feiertage auf den Sonntag verlangt würde: der gesamte klerikale Preßchorus würde Zeter und

Mordio schreien und in dem Verlangen den Ausfluß grimmigsten Religionshasses erblicken.

Ueber die überseeische Auswanderung aus Deutschland i. J. 1907

bringt das letzte Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches folgende Angaben: Es wanderten deutsche Einwohner aus:

Jahr	überhaupt	auf 10 000 Einw.
1900	22 309	4,0
1901	22 073	3,9
1902	32 098	5,6
1903	36 310	6,2
1904	27 984	4,7
1905	28 075	4,7
1906	31 074	5,0
1907	31 696	5,1

Die überseeische Auswanderung, die in den Jahren der wirtschaftlichen Prosperität zurückgegangen war, hat also in den letzten zwei Jahren wieder eine geringe Steigerung erfahren. — Von den einzelnen Staaten und Landesteilen stellte das größte Kontingent der Auswandernden im letzten Jahre Bayern mit 3404, Posen (3332), Brandenburg mit Berlin (2725) und die Provinz Hannover (2424).

Die unter den Auswanderern am zahlreichsten vertretene Berufsgruppe war die der Land- und Forstwirtschaft, die 10 920 Personen stellte; es folgte die Industrie mit Bauwesen mit 8932, Handels- und Versicherungsgewerbe mit 3145, häusliche Dienstboten mit 2725, Bergbau und Salinenwesen mit 1303.

Was Geschlecht und Alter der Auswandernden anbetrifft, so ergibt sich, daß an der deutschen Ueberseeauswanderung die männlichen Personen in höherem Maße als die weiblichen beteiligt sind. Von den 29 949 Personen, für welche diesbezügliche Nachweise vorliegen, sind 17 288 männlichen und 12 661 weiblichen Geschlechts. Mehr als ⅔ der Auswanderer standen im Alter von 17—50 Jahren. Es reisten 12 605 Personen in Familien und 17 321 allein. Da 3501 auswandernde Familien gezählt wurden, so kamen also auf jede durchschnittlich 3,6 Köpfe. Häufig vollzieht sich die Auswanderung in der Weise, daß das Familienoberhaupt voranreist und dann seine Angehörigen nachkommen läßt.

Vom Reichsverband. In einer Versammlung der Ortsgruppe Magdeburg des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie sprach der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Lewin, sein Bedauern darüber aus, daß dem Vorstand der Gruppe so gut wie gar keine Fabrikanten und Industrielle angehörten. Die Herren scheuten eventuelle Konflikte mit der Arbeiterschaft. Der Magdeburger Reichsverbandsgeneralsekretär Leufen konstatierte, daß die Provinzblätter den Sozialdemokraten nicht energisch genug entgegentreten; diese Presse sei fast ausnahmslos sehr schlecht redigiert. Die Redakteure hätten zwar den guten Willen, aber sie seien der sozialdemokratischen Organisation nicht gewachsen. Als Journalisten seien sie minderwertig. Auch würden sie von den Verlegern nicht genügend unterstützt, die es mit den Arbeitern unter ihren Lesern nicht verderben wollten. Das sei auch der Grund, weswegen die „Reichsverbandskorrespondenz" nur recht wenig benutzt werde. Ihre Schreibweise sei zu scharf. Ein Redner schilderte die Leiden, die ein reichstreues „Schaf" — wie er wörtlich sagte — erdulden müsse unter seinen sozialdemokratischen Mitarbeitern oder Vorarbeitern. Fabrikant Blume erklärte, **daß die Arbeitgeber der reichstreuen Arbeiterbewegung alle Förderung angedeihen ließen und sie finanziell unterstützten**, aber sie müßten vorsichtig sein und könnten nicht die als Sozialdemokraten verdächtigen Vorarbeiter und Meister entlassen, denn sie müßten Konflikte vermeiden, wenn sie ihre Betriebe nicht lahm legen wollten. Dr. Pohl, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, blies in dasselbe Horn. Die Reichstreuen müßten sich bemühen, Leute zu bekommen, auf die sich die Fabrikanten stützen könnten, denn zu einem Vorgesetzten gehöre mehr als reichstreu und national zu sein! Dies Armutszeugnis schmerzte die reichstreuen Arbeiter tief. Einer der ihren stand auf, um etwas dagegen zu sagen. Er kam aber über die Klage nicht hinaus, daß die Arbeitgeber die reichstreuen Arbeiter nicht genügend unterstützten, d. h. bevorzugen. „Schaffen Sie uns geeignete Kräfte!" rief ihm Dr. Pohl zu. Damit wird es aber wohl gute Wege haben; denn die intelligenten Arbeiter halten sich von der Gesellschaft der Gelben fern!

Eine Reform der Fahrkartensteuer. Bezüglich der Reform der Fahrkartensteuer glaubt das „B. T." mitteilen zu können, daß die Fahrkartensteuer nur für die erste und zweite Klasse ermäßigt werden solle. — Eine solche Reform sieht dem Geldsacksregiment in deutschen Landen durchaus ähnlich.

Zu Kreuze gekrochen. Die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit im Berliner Rathause hat am Donnerstag anstelle des nicht bestätigten Genossen Paul Singer noch einen der ihrigen in die Schuldeputation entsandt. Dasselbe geschah in den beiden Vororten Weißensee und Hohen-Schönhausen, wo anstelle der nicht bestätigten Sozialdemokraten protestlos bürgerliche Vertreter gewählt wurden.

Ausland.

Belgien.

Die Antwerpener Diamantarbeiter haben nun ebenfalls den Streik beschlossen. Er begann am Montag, den 6. April und soll bis 2. Mai ausgedehnt werden. Die Abstimmung ergab 1855 Stimmen für, 314 gegen den Streik bei 19 Stimmenthaltungen.

Italien.

Die Verhaftung Ferris von der Kammer abgelehnt. Am 2. April wurde in der Kammer über eine Reihe Anträge verhandelt, welche teils die Einleitung von Strafverfahren gegen Abgeordnete, teils die Vollstreckung von Urteilen gegen solche betrafen. Einige derselben wurden abgelehnt, andere nach den Vorschlägen der Kommission angenommen. Das größte Interesse konzentrierte sich auf den Fall des Genossen Ferri. Dieser war bekanntlich zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt worden wegen angeblicher Beleidigung des Marineministers. Unter großer Aufmerksamkeit verliest der Präsident die Entschlüsse der Kommission. Diese schlägt der Kammer folgende Erklärung vor:

„Die Kammer erklärt, daß, nachdem die Autorisation zur Erhebung der Anklage gegeben und nachdem das Urteil ergangen, ist der Staatsanwalt nicht mehr gehalten, nachträglich um Autorisation zur Vollstreckung des Urteils nachzusuchen."

Mirabello und Berenini, letzterer im Namen der Sozialisten, verwiesen demgegenüber auf den Artikel 45 der Verfassung, wonach die Vertreter der Nation in der Ausübung ihrer parlamentarischen Pflichten in keiner Weise verhindert werden dürfen. Mirabello unterbreitet eine Resolution, in welcher die Aufschiebung jedweden Beschlusses zum Falle Ferri gefordert wird. Da die Verhaftung eines Abgeordneten, auch wenn das Urteil rechtskräftig ist, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Parlaments geschehen kann, so mußte die Annahme eines Antrags auch die Verhaftung Ferris ausschließen. Und dafür entschied sich die Kammer. Die Abstimmung war eine namentliche: für den Antrag Mirabello stimmten 207, dagegen 70; 25 enthielten sich der Abstimmung, hierunter auch die Regierung.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

(61. Sitzung.)

Karlsruhe, 6. April.

Abg. Dr. Binz (ntl.) begründete zunächst die

Interpellation betr. die Grenzverlegung bei Leopoldshöhe.

Es handelt sich um einen Geländeaustausch mit der Schweiz anläßlich der Bahnhofbauten in Basel. Redner führt aus, daß auf Grund der Verfassung zu derartigen Gebietsablösungen die Zustimmung des Landtages eingeholt werden müsse. Der Reichstag hat den bezüglichen Gesetzentwurf bereits verabschiedet.

Minister v. Marschall erklärt: Die Regierung hat der bisherigen Uebung entsprechend, wonach geringe Gebietsteilungen nicht zum Gegenstand einer Vorlage an die Landstände gemacht wurden, geglaubt, daß auch bei der in Rede stehenden Grenzverlegung die Zustimmung der Landstände nicht erforderlich ist. Künftige Staatsverträge werden aber dem Hause in Form von Gesetzentwürfen vorgelegt werden. Der Staatsvertrag mit der Schweiz wird dem Landtage zur Kenntnisnahme zugehen.

Die Abgg. Gießler (Zentr.), Muser (Dem.), Dr. Obkircher (ntl.) und Schmidt (kons.) sind von der Antwort des Ministers befriedigt. Mit kurzen Bemerkungen v. Marschalls und des Abg. Dr. Binz (ntl.) ist die Besprechung beendet.

Abg. Kolb (Soz.) berichtet sodann über das Budget der Oberrechnungskammer, sowie die Rechnung derselben für 1905/06 und die Denkschrift. Das Budget wird debattelos genehmigt, die Rechnung und die Denkschrift werden, gleichfalls ohne Debatte, für unbeanstandet erklärt.

Hierauf berichtet Abg. Sänger (ntl.) über die Budgets des Finanzministeriums, der Landeshauptkasse, des Hochbauwesens usw., welche nach kurzen Ausführungen des Finanzministers Honsell Annahme finden.

Abg. Breitner (Zentr.) erstattet schließlich Bericht über das Budget der Forst- und Domänenverwaltung. Das Grundstocksvermögen des Staates beträgt nach dem Stande vom 1. Januar 1907: 120 383 125,61 Mk. Der domänenärarische Grundbesitz umfaßt 112 891 ha 01 ar 10 qm mit einem Steuerkapital von 79 840 870,15 Mk. Das Kapitalvermögen des Domänengrundstocks hat ausschließlich der unverzinslichen Forderung von 20,6 Millionen Mark betragen gegen 4,2 Millionen Ende 1904. Es hat also abermals eine beträchtliche Einzehrung stattgefunden. Sie ist hauptsächlich entstanden durch Liegenschaftserwerbungen. Die Reinerträgnisse aus der Forst- und Domänenverwaltung betrugen für 1908/09: 9 100 358 Mark (d. i. gegen 1906/07 ein Mehr von 1 034 116 Mark). In der Staatsbrauerei Rothaus wurden 1906/07: 22 414,09 hl Bier produziert und 20 301,22 hl abgesetzt. Das finanzielle Ergebnis ist kein günstiges zu nennen. Zurzeit stehen 46 721 ha oder 51 Prozent der ärarischen Jagdfläche in Regiebetrieb. Was die waldbaulichen Wirkungen anbelangt, kann nur günstiges berichtet werden, weil der Regiebetrieb den Wirtschafter in die Lage versetzt, den Wildstand jederzeit in solchen Grenzen zu halten, daß die natürliche Verjüngung der Bestände gefördert und die Nachzucht derjenigen Holzarten erleichtert wird, die für die einzelnen Oertlichkeiten am besten passen.

An der Debatte, in welcher hauptsächlich Einzelfragen behandelt werden, beteiligen sich die Abgg. Reck (natl.), Frhr. v. Mentzingen (Zentr.), Dr. Gönner (natl.), Wittemann (Ztr.), Wiedemann (Zentr.) und Dr. Binz (natl.). Letzterer redet lebhaft der Erhaltung der Staatsbrauerei Rothaus das Wort trotz der erheblichen finanziellen Opfer und tritt auch bezüglich der Forstbeamten für weitere etatmäßige Stellen ein. Der Domänendirektion sollte größere Selbständigkeit eingeräumt werden. Redner schließt mit anerkennenden Worten für die Forstverwaltung.

Die nächste Sitzung findet Dienstag 9 Uhr statt.

•

Petitionen.

Bei der zweiten Kammer gingen folgende Petitionen ein: Des Gemeinderats und anderer Interessenten in Gottmadingen, den Anschluß der projektierten Randenbahn an die Hauptbahn in Gottmadingen betr.; der Kleinhändler und Spekulanten mit unversteuertem inländischen Tabak um Ermäßigung der Lagerüberwachungsgebühren.

Badische Politik.

Der Takt der Zentrumspresse.

Aus Freiburg schreibt man uns: vor einiger Zeit wurde hier eine Feier veranstaltet zu Ehren des Regierungsrats Kopp, welcher als Gefängnisdirektor sein 25jähriges Dienstjubiläum feierte. Dem „Freiburger Boten" blieb es vorbehalten, den allseitig geachteten Beamten persönlich anzugreifen. Der Sinn seiner Ausführungen war, daß man nicht den Beamten geehrt habe, sondern den Politiker, und ganz besonders sei er geehrt worden als Mitbegründer des Großblocks. Nun, die Methode, den Gegnern durch niederträchtige Angriffe die Politik zu verekeln, ist bei allen Zentrumsblättern eingeführt und wird man sich damit abfinden müssen. Herr Kopp hat mit dem Blockabkommen nichts zu tun, das wurde von anderen Leuten gemacht, aber er soll im Militärverein dagegen gewesen sein, daß man die Kriegervereinler, welche den vielgenannten Freiburger Aufruf unter-

---

Zwischen den Zelten.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

44) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Einen Beweis, von dem wir hoffen, daß er zur Entlastung Ottilie Hilperts dienen soll," fiel Fanny rasch ein. „Ich fühle tiefes Mitleid mit dem armen Mädchen, das ist der Grund, weshalb ich mich für die Untersuchung interessiere. An der Beerdigung des Ermordeten," ergänzte sie nach einer Pause heftig, „hätte ich aber auch so nicht teilgenommen; ich halte den lateinischen Spruch: „de mortuis nil uisi bene" für einen Fehlsatz. Wer im Leben ein Nichtsnutz war, der bleibt es auch im Tode, man soll sich freuen, daß die Welt ihn los ist und nicht ein Bedauern heucheln oder sich suggerieren, das man in Wahrheit nicht empfinden kann."

„Die natürliche Empfindung eines unverfälschten Herzens", sagte Krüger, „verdient gewiß Achtung, wenn ich auch nicht glaube, daß unsere instinktiven Gefühle immer vor dem Richterstuhle der wissenschaftlichen Ethik Bestand behalten."

„Ich hasse die Reflexion," rief Fanny hartnäckig. „Doch nun hören Sie. Ich will Ihnen den ganzen Sachverhalt so systematisch vorführen, als wäre ich Präsident eines Gerichtshofs. Herr von Krusig war nur unser Berater, er hat mit diesen Angelegenheiten nichts zu schaffen. Er solle uns nur bei Ihnen Zutritt verschaffen oder vielmehr durch seine Führung alle Weitläufigkeiten ersparen, die sich durch unsere Unbekanntschaft mit den hiesigen Lokalverhältnissen möglicherweise ergeben hätten. Herr von Krusig, Ihre Aufgabe ist erfüllt. Ich bin Zeugin Nummer zwei, habe aber ebenfalls nur nebensächliches zu bekunden, gewissermaßen den Rahmen um das Bild zu vollenden. Heute Morgen kam Fräulein Rosa zu mir, um mir zu erzählen, daß ihr Vater — der alte Mann hier — seit einigen Tagen im Besitz von merkwürdig viel Geld sei. Sie müssen wissen, der alte Findeisen ist ein unverbesserlicher Alkoholiker, er ist — ich kann das ohne ihn zu beleidigen in seiner Gegenwart aussprechen, denn das Ehrgefühl in ihm ist vollständig erloschen, — ein Mensch, der jeden Pfennig, den er auf irgend eine Weise erwirbt, in Branntwein anlegt. Wenn ich sage erwirbt, so meine ich nicht, durch Arbeit, diese ist ihm verhaßt und er entschließt sich nur dann dazu, wenn er von seiner Frau dazu gezwungen wird. Höchstens versteht er sich einmal zu einer Besorgung, die rasch ein paar Nickel einbringt, um sich Geld zu Schnaps zu erhalten."

„Sie vergessen, was ihn dazu getrieben hat," wagte Rosa hier schüchtern einzuschalten. „Vater war wohl ein etwas schwacher Charakter, aber solange seine erste Frau, meine arme Mutter lebte, kann ihm niemand etwas unrechtes nachsagen. Erst nach seiner zweiten Verheiratung, die ihm kein besonders glückliches Los brachte, gewöhnte er sich das unselige Laster an. Er ist mehr unglücklich, als schlecht, Herr Staatsanwalt, ich bitte, ihn nicht zu hart zu beurteilen!"

Der Assessor warf einen Blick, der zwischen Teilnahme und Verachtung die Mitte hielt, auf das unglückselige Individuum, von dem die Rede war, und das in geknickter, gebrochener Haltung an der Tür stand, mit blödem Ausdruck vor sich hinstarrend und offenbar von einem lebhaften Gefühl von Furcht erfüllt, das durch die Rolle, welche es hier zu spielen genötigt war, deutlich genug erklärt wurde.

„Wir befinden uns hier an einer Stelle, wo wir leider Gelegenheit haben, das Leben in seinen tiefsten Tiefen zu erforschen," erwiderte er freundlich. „Auch bin ich ein moderner Mensch, Fräulein Findeisen — ich spreche dem Menschen zwar nicht in dem Maße alle freie Willensbetätigung ab, wie das manche Gelehrte unserer Zeit zu tun geneigt sind, aber ich würdige durchaus die wesentlichen Faktoren, welche als unwillkürliche Triebfedern an unseren Handlungen beteiligt sind, Erziehung, Vererbung, natürliche Veranlagung usw. Beruhigen Sie sich daher über diesen Punkt."

„Dessen Erörterung leider nicht umgangen werden kann," fuhr Fanny mit der ernsten Miene eines Sachwalters fort, der in einem bedeutsamen Prozesse plädiert. „Im Gegenteil — gerade indem ich den wahren status quo Ihres Vaters schildere, stelle ich seine Handlungsweise, die sich nicht beschönigen läßt, in milderes Licht, liebe Rosa. Und deshalb füge ich hinzu: Der alte Findeisen verschmäht keine sich nur irgendwie bietende Gelegenheit, sich die Mittel für seine Lebensweise zu verschaffen, er bettelt sogar, und wenn das nicht zum Ziele führt, bestiehlt er seine Frau, worüber ich selber kein allzu rigoroses Urteil fällen möchte, weil es im Grunde nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit ist, da er ihr auf diese Weise nur einen kleinen Bruchteil des Vermögens wieder abgewinnt, um das sie ihn durch ihre Verschwendungssucht in besseren Tagen gebracht hat. Denn Sie müssen wissen, Herr Assessor: Findeisen war ebenfalls ein ziemlich begüterter, man kann sagen wohlhabender Kaufmann. Seine Mittel reichten aber nicht aus, um der Prätention und dem Luxusbedürfnis einer Person zu genügen, die ihm nichts als sich selber und ein paar Flitter in die Ehe mitgebracht hatte. Sie war Choristin an einem Theater dritten Ranges.

„Der unglückliche Mann ist damit für mich charakterisiert genug," erklärte der Assessor, der an der Art, wie Fanny die Sache führte, seine heimliche Freude hatte. „Also er befand sich seit einigen Tagen im Besitz von Geld, dessen Ursprung Fräulein Rosa nicht aufzuklären vermochte. Weiter."

„Das Weitere vernehmen Sie besser aus dem Munde der Tochter selber, als Zeugin Nummer drei", erwiderte Fanny. „Fräulein Rosa, treten Sie vor — und nun ohne Aengstlichkeit — der Herr Assessor ist ein humaner Beamter, der Ihre Empfindungen in einem solchen Falle zu würdigen versteht."

Damit hatte sie die kleine Kränkung, die sie vorhin dem jungen Beamten zugefügt, wieder gutgemacht. Krüger begriff garnicht, warum er hierüber eine wirkliche Genugtuung empfand. Immer wieder kehrte seine Verwunderung zurück, die sich beinahe zur Bewunderung steigerte, wenn er das einfache Mädchen in ihrer natürlichen Grazie und Intelligenz vor sich erblickte. Mit der Sicherheit einer Weltdame nicht nur, sondern auch mit deren Anstand und Bildung trat sie auf, auch schien sie weit erheblichere Kenntnisse zu besitzen, als er solche in diesen Kreisen gesucht hätte. „Schade, daß sie an diesem Platze steht," dachte er bei sich, und winkte Rosa, die zögernd näher trat, ermutigend zu.

(Fortsetzung folgt.)

zeichneten, aus dem Verein ausschließt. Aber als Reserveoffizier darf er das nicht, besonders dann nicht, wenn es dem Zentrum nicht paßt. Um zu beweisen, daß ein Reserveoffizier nicht für einen Sozialdemokraten eintreten darf, greift der „Bote“ natürlich zur Lüge. Er läßt sich von einem konservativen Reserveoffizier (?) schreiben, daß ein Offizier der Reserve keinesfalls für eine Partei stimmen darf, welche die Soldaten als zweibeinige Tiere bezeichnet habe. Diese Lüge ist schon so oft widerlegt worden, daß einem der Platz leid tut, welchen man für solche Widerlegungen braucht. In dem damit gemeinten Satz (Volksstaat Nr. 71 von 1873) wurde ausgeführt, daß der Militärstaat die Menschen als zweibeinige Tiere behandelt, weil er für die Soldaten keine gesunden Kasernen baut, und die Soldaten, wenn sie dann mit ansteckenden Krankheiten behaftet werden, bei dem Zivilvolk in das Quartier legt.

Daß die zwei Freiburger Waldmichelblätter auf der anderen Seite von der Entgegnung, die dem Abg. Belzer durch die sozialdemokratischen Redner zuteil wurde, keine Notiz nahmen, aber den Erfolg des „großen Belzer“ priesen, paßt ganz zu dieser Verleumdungstaktik.

Die Schiffahrtsabgaben und die Zentrumspolitik.

In Hessen ist dasselbe erbauliche Beispiel zu registrieren, wie in Baden. Genosse Dr. David sagte darüber im Reichstage:

... Ich möchte darauf hinweisen, daß bei uns in Hessen bei den letzten Reichstagswahlen die Kandidaten des Zentrums **hoch und heilig sich dagegen verwahrt haben, Anhänger der Schiffahrtsabgaben zu sein.** Wir hatten ihnen das im Wahlkampf vorgehalten; wir hatten besonders die Aeußerung des Abg. Herold zitiert, der gesagt hatte, der Rhein sei eigentlich eine natürliche Wasserstraße nicht mehr zu nennen, und darauf hat sich das Zentrum hoch entrüstet in einem Flugblatt gegen diese Unterstellung verwahrt. (Hört, hört! links.) Wir begreifen ja, daß die Herren der Zentrumspartei, die aus rheinischen Gegenden kommen, von dieser Frage höchst unangenehm berührt waren. Deshalb haben sich in Baden und Hessen auch die Landtagsabgeordneten aus genau denselben Gründen wie wir gegen die Schiffahrtsabgaben erklärt. Es ist deshalb doppelt wichtig, zu konstatieren, daß hier, wo das Zentrum die Entscheidung in der Hand hat, **es der schweren Verkehrsbelastung zustimmen will!**

Man wird gut tun, sich dieses Falles zu erinnern, wenn das Zentrum bei Wahlen mit Biedermannsmiene sich gegen „jedes Verkehrshemmnis“ ausspricht. Das Zentrum hat den Zollwucher auf dem Gewissen, es wird auch im Interesse der ostelbischen Junker für die Schiffahrtsabgaben wirken.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Von seiten der Eisenbahnverwaltung der badischen Staatseisenbahnen wurde kürzlich an sämtliche Arbeiter und Krankenkassenvertreter eine kleine Broschüre, „Die Vorschriften für Bekämpfung der Tuberkulose“ (Lungenschwindsucht) betitelt, ausgegeben. Diese Broschüre soll dazu beitragen, mit aller Macht der verheerenden Volkskrankheit (Schwindsucht) energisch zu Leibe zu rücken. In recht fürsorglicher Weise werden hier Anregungen gegeben, um denen, die von dieser Krankheit befallen sind, wieder Heilung oder doch Besserung zu bringen. Außerdem sollen auch Maßregeln getroffen werden, um einer Ansteckungsgefahr möglichst vorzubeugen. Die Schrift behandelt obige Materie in zwei Abteilungen:

A. Maßnahmen zur Verhütung der Lungen-Tuberkulose. 1. Die Aufklärung des Personals über Ursache, Verbreitungsweise und Verhütung der Tuberkulose, sowie dessen Belehrung auf dem Gebiete persönlicher Gesundheitspflege überhaupt. 2. Das Verbot des freien Ausspuckens durch Anschlag und die Aufstellung einer ausreichenden Zahl von hygienischen Spucknäpfen in den Bahnhöfen, Diensträumen, Werkstätten, sowie in Personen- und Dienstwagen. 3. Die Sorge für Reinhaltung der Diensträume, Werkstätten, Ueberwachungsräume, sowie der Personen- und Dienstwagen. 4. Die Verhütung der Uebertragung der Krankheit durch Gegenstände gemeinsamen Gebrauchs. 5. Die Wohnungsdesinfektion. 6. Wohnungsfürsorge. 7. Die Besserung der sonstigen hygienischen Verhältnisse allgemeiner Art und die Schaffung von Einrichtungen, die dem Personal die Pflege individueller Hygiene ermöglichen.

B. Maßnahmen zur Fürsorge in den einzelnen Erkrankungsfällen. I. Anzeigepflicht. II. Fürsorgemaßnahmen: 1. Die Ermöglichung von Kurgebrauch in Lungenheilstätten oder Walderholungsstätten, 2. Die fortgesetzte gesundheitliche Ueberwachung der erkrankten Beamten und Bediensteten. 3. Die Sorge für entsprechende Verwendung Erkrankter. 4. Die Fürsorge in den Familien selbst. 5. Die Förderung der Bestrebungen gemeinnütziger Vereine wie Walderholungsstätten und Tuberkulosefürsorgeanstalten usw.

Zum Schluß sind dann noch Anzeigeformulare zur Anmeldung der Wohnungsdesinfektion, ärztliche Anzeige und ärztliche Gutachten für die Aufnahme in das Friedrich Hildagenesungsheim beigefügt.

Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer.

Der zweiten Kammer ging, wie wir schon mitgeteilt, der Entwurf eines Gesetzes betr. die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln zu. Der Begründung, die dem Gesetzentwurf beigegeben ist, entnehmen wir nachstehendes:

Auf Grund des Pfarreraufbesserungsgesetzes vom 18. Mai 1899 schießt gegenwärtig die Staatskasse zur Aufbesserung des Diensteinkommens der evangelischen Pfarrer 300 000 Mk., der katholischen 350 000 Mk., der altkatholischen 8000 Mk. jährlich zu. Die durch das genannte Gesetz von der Staatskasse übernommene Verpflichtung erlischt mit dem Ende des Jahres 1909. Schon im Frühjahre 1907 hat der Evangelische Oberkirchenrat die Regierung um die Prüfung der Frage angegangen, ob der Staat den Pfarrern den bisherigen Zuschuß über das Jahr 1909 hinaus zukommen lassen solle. Der Oberkirchenrat empfahl dabei, den Zuschuß auch weiterhin zu gewähren; andernfalls würden die der evangelischen Landeskirche zur Verfügung stehenden Mittel nicht hinreichen, den evangelischen Pfarrern ihren bisherigen Gehalt zu entrichten, und könnte noch weniger denselben die dringend nötige Aufbesserung ihres gegenwärtigen Gehalts gewährt werden. Mit einer noch weitergehenden Bitte ist im Spätjahr 1907 das Erzbischöfliche Ordinariat an die Regierung herangetreten, indem es darum nachsuchte, es möge künftig zum Diensteinkommen der katholischen Pfarrer statt des bisherigen Zuschusses von 350 000 Mk. ein solcher von 608 093 Mk. jährlich aus der Staatskasse geleistet werden. Es wird von der Regierung vorgeschlagen, den bisherigen Staatszuschuß auch während eines weiteren Jahrfünfts zu gewähren; die Frage aber, ob nach Ablauf der abermals verlängerten Geltungsdauer des seitherigen Gesetzes dieser staatliche Zuschuß gänzlich in Wegfall kommen oder doch ermäßigt werden könne, auch fernerhin offen zu lassen. Die Verlängerung wird auf fünf Jahre beantragt, weil die Kirchen mindestens einer so langen Frist bedürfen, um geeignetenfalls sich auf eine neue Gestaltung einzurichten. Gerade fünf Jahre zu wählen, ist ferner deshalb angemessen, weil mit dieser Frist die nächste Budgetperiode der evangelischen Kirche zusammentrifft, und weil in der katholischen Kirche die übernächste ihrer dreijährigen Budgetperioden gleichfalls mit dem Jahre 1914 zu Ende geht.

Angesichts dieser Sachlage würde der badische Staat am besten fahren, wenn er die von den Sozialdemokraten und Demokraten geforderte Trennung der Kirche vom Staat vornähme.

Das Vereinsgesetz in zweiter Lesung.

(141. Sitzung.)

* **Berlin,** 6. April.

Die Beratung des **Vereinsgesetzes** wird fortgesetzt beim § 8, der von der Teilnahme der Beauftragten der Polizei an öffentlichen Versammlungen handelt.

Abg. **Trimborn** (Zentr.) beantragt, das Ueberwachungsrecht der Polizei, insoweit es sich um Verhandlungen bruflicher Art „zur Erörterung von Verabredungen und Vereinbarungen zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen“ handelt, zu streichen.

Abg. **Heine** (Soz.) stimmt dem Antrage Trimborns zu und beantragt selbst Streichung der Bestimmung, wonach „dem Beauftragten der Polizei ein angemessener Platz eingeräumt werden muß“.

Unterstaatssekretär **Wermuth** bittet um Ablehnung des Antrages Trimborn.

Abg. **Köhler** (w. Vg.) weist darauf hin, daß man in Hessen das Ueberwachungsrecht nicht kenne.

§ 8 wird sodann unter Ablehnung beider Anträge unverändert angenommen, ebenso die §§ 9 und 9a.

§ 10 verpflichtet im Falle der Auflösung einer Versammlung die Anwesenden, sich sofort zu entfernen.

Die Abgeordneten **v. Dziembowski** (Pole) und **Hildenbrand** (Soz.) befürworten die Streichung des Wortes „sofort“.

Der Paragraph wird sodann unverändert angenommen.

§ 10a schließt **Jugendliche unter 18 Jahren von der Teilnahme an politischen Vereinen und deren Versammlungen,** sofern es sich nicht um gesellschaftliche Veranstaltungen handelt, sowie von öffentlichen politischen Versammlungen aus. Ein Antrag **Brandys** (Pole) will diesen Paragraph ganz streichen, ein Antrag Trimborn (Zentr.) will Zulassung der Jugendlichen wenigstens zu Vereinen und Versammlungen, die sich ausschließlich mit beruflichen oder Standesangelegenheiten befassen und zwar auch dann, wenn nicht eine Einwirkung auf Gesetzgebung und Verwaltung bezweckt wird. Auch soll das Verbot des § 10a auf Jugendliche unter 16 statt 18 Jahren beschränkt werden.

Abg. **Giesberts** (Zentr.) befürwortet den Antrag. Wer das praktische Leben kenne, den frühen Eintritt der Arbeiter in das Erwerbsleben, müsse den Antrag nach beiden Richtungen hin für berechtigt erklären. **Unbegreiflich sei es, wie die Freisinnigen anders darüber denken können.** Geschädigt durch den § 10a werde namentlich der Handwerkerstand, der Mittelstand. Man erschwere ihm die Bildung von Jugend-Vereinigungen zum Kampf gegen die Sozialdemokratie. Am besten wäre es daher, den ganzen Paragraphen zu streichen. Er sei nichts wert. (Sehr richtig!) Eine derartige Bevormundungs- und Bewahrungspolitik sei ganz erfolglos, sie sei veraltet. Wenn die Rechte nicht so mit Blindheit geschlagen wäre, müßte sie diesen § 10a fallen lassen. (Lebhaftes Bravo im Zentrum.)

Abg. Graf **Carmer-Zieserwitz** (kons.) erklärt, ohne diese Bestimmung wäre der Entwurf für seine Freunde unannehmbar. Politik sei das Vorrecht gereifter Leute, die ihre Beschlüsse und deren Tragweite zu beurteilen wüßten. (Sehr richtig! rechts.) Aus der politischen Betätigung unreifer junger Burschen ergäben sich nur Mißstände.

Abg. **Hildenbrand** (Soz.):

Der § 10a bedeutet ein neues Ausnahmegesetz, das um so schlimmer ist, als es die Regierung nicht gewünscht hat, sondern als es ihr von den Konservativen entgegengebracht worden ist. Aus den Motiven geht hervor, daß man sich auch im Bundesrat mit der Frage beschäftigt hat, aber man hat mit guten Gründen darauf verzichtet. Auch in der ersten Lesung der Kommission ist das Ansinnen der Konservativen zurückgewiesen worden. In der zweiten Lesung erfolgte dann der Umschwung. Gegen wen wird sich der Paragraph nun richten? Gegen die evangelischen Jünglingsvereine? Die sind doch auch international organisiert und haben den Zweck, die Jugend zum Byzantinismus und sogenannter nationaler Gesinnung zu erziehen. Auch die Nationalen und Freisinnigen haben ihre Jugendorganisationen, für die sie in den höheren Schulen die geeignete Vorschule besitzen. **Alle diese Organisationen sind gegen die Sozialdemokratie gerichtet,** die nur von ihrem Recht Gebrauch gemacht hat, wenn sie sich auch der Jugendorganisationen angenommen hat. Diese Bestimmung wird dahin führen, daß keine Versammlung eröffnet werden wird, **bevor nicht gefragt wird, ob auch Jugendliche unter 18 Jahren anwesend sind. Wir in Süddeutschland bedanken uns für eine solche Herabwürdigung und Vergiftung unseres Versammlungswesens** Dazu kommt die Flüssigkeit des Begriffes „politisch“. Der Paragraph verhindert es, der Jugend eine gesunde politische Erziehung zu geben. Redner zitiert einige Sätze aus einer Broschüre des freisinnigen Abgeordneten Pfundtner über die Notwendigkeit, die Jugend frühzeitig zu politischer Betätigung zu erziehen. Die jetzige Schule sucht ihre Aufgabe in der Erziehung nicht zum Patriotismus, sondern zum Byzantinismus. Not tut aber eine Erziehung der Jugend zu charakterfesten Männern. Wenn man Herrn Müller-Meiningen glauben soll, so handelt es sich um die Erziehung zu gewerbsmäßigen Sprengkolonnen. Das ist der echte Reichsverbandsstil. Heute Abend feiert der Fortschrittliche Jugendverein Eugen Richter sein Stiftungsfest und als Redner treten auf die Abgeordneten Wiemer, Naumann und Payer. Heute Nachmittag werden diese Herren den § 10a annehmen und sie können also heute Abend den Bestrebungen des Jugendvereins das Grablied singen. (Gelächter.) Die Sozialdemokratie bewährt sich auch jetzt wieder als die beste Hüterin der Rechte der Arbeiter.

Abg. **Everling** (natl.) führt aus, seine Freunde wollten nicht die politische Erziehung der Jugend beschränken, wohl aber ihre zu frühe politische Betätigung. Wenn es bisher oft genug vorgekommen sei, daß Versammlungen durch Jugendliche gestört worden seien, so werde die Polizei gegen solche Störungen fortan eine Handhabe haben, an der es bis jetzt fehle. Seine Freunde sähen in diesem neuen Paragraphen keine Handschellen. Ein Ausnahmegesetz sei dieser Paragraph nicht, denn er schaffe gleiche Rechte für alle unter 18 Jahren. Redner schließt: Möge dieser Paragraph zum Segen sein für unser Vaterland und für unsere geliebte Jugend. (Beifall.)

Abg. **Brejski** (Pole) bekämpft den § 10a und befürwortet entsprechend dem Antrage Brandys seine gänzliche Streichung.

Abg. **Mugdan** (freis. Vp.) bemerkt, der § 10a hat den Fehler, daß er die Polizei unter Umständen zum Einschreiten veranlassen könnte, wo dies nicht in der Absicht des Gesetzes liegt. Es müßten dagegen also eigentliche Kautelen geschaffen werden. Wenn der überaus größere Teil seiner Freunde trotzdem für den Paragraph stimmen werde, so geschehe dies wohl, um nicht an einem einzelnen Paragraphen ein Gesetz scheitern zu lassen, von dem man sich im übrigen so große Vorteile versprochen hätte. Redner wendet sich dann noch gegen die Uebertreibungen der Zentrums- und sozialdemokratischen Redner. Hierauf geht ein Antrag auf Debatteschluß ein, unterzeichnet wiederum von einem Mitgliede der Blockparteien. Bei Verlesung des Namens des Mitunterzeichners **Müller-Meiningen** erschallt links lautes Hohngelächter.

Abg. **Singer** (Soz.) beantragt über den Schlußantrag namentliche Abstimmung.

Der Schlußantrag wird mit 199 gegen 157 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag **Trimborn** ergibt bei Anwesenheit von 362 Abgeordneten die **Ablehnung des Antrages mit 199 gegen 162 Stimmen** bei einer Enthaltung.

Es wird dann über § 10a namentlich abgestimmt. Das Ergebnis ist **seine Annahme mit 200 gegen 161 Stimmen** und einer Enthaltung.

Die §§ 11 und 11a enthalten Strafbestimmungen. Ein Antrag der Sozialdemokraten will diese ganz streichen, ein Antrag der Polen abschwächen. Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten will die Polizeibeamten strafbar machen, die mittelbar durch Bedrohung von Gastwirten mit allerlei Nachteilen das Vereins- und Versammlungsrecht beeinträchtigen.

Abg. **Sachse** (Soz.)

erklärt, daß er an eine gelinde Anwendung der Strafbestimmungen nicht glaube. **Gerade die Gewerkschaften würden unter den Strafbestimmungen sehr zu leiden haben.** Bedauerlich ist die Bestimmung, daß eine Strafe eintritt, wenn sich jemand nach „Erklärung“ der Auflösung nicht entfernt. Das Wort „Erklärung“ sollte wenigstens gestrichen werden, aber ich zweifle fast daran, daß die Freisinnigen bei der dritten Lesung noch soviel Vernunft annehmen werden, um diese Streichung vorzunehmen. Redner führt sodann eine Reihe von Fällen an, wo bisher Wirten die Polizeistunde verkürzt oder die Konzession entzogen worden sei, weil sie an die freien Gewerkschaften oder an die Sozialdemokraten Säle vergeben hätten. Dieser Zustand würde auch nach der jetzigen Bestimmung **des Reichsvereinsgesetzes** bestehen bleiben und dadurch würde **nach wie vor** das Versammlungsrecht illusorisch gemacht werden. **Ich bitte** Sie, die §§ 11 und 11a abzulehnen und dafür unseren Vorschlag anzunehmen.

Abg. Dr. **Fervers** hofft, daß die Strafbestimmungen möglichst selten zur Anwendung kommen.

Abg. **Kirsch** (Zentr.) kritisiert die laxe Fassung der Strafbestimmungen.

Abg. **Brejski** (Pole) bezeichnet die Strafbestimmungen als geradezu barbarisch.

Nach Ablehnung der gestellten Anträge werden die §§ 11 und 11a unverändert angenommen, ebenso die §§ 12—14.

Zu § 15, welcher angibt, welche bisherigen gesetzlichen Bestimmungen außer Kraft treten sollen, beantragen die **Sozialdemokraten** Aufhebung auch aller Bestimmungen, welche Verabredungen und Vereinbarungen behufs Erlangung günstigerer Lohn- und Geschäftsbedingungen hindern oder unter Strafe stellen. Ein Antrag der Polen will die landesrechtlichen Vorschriften, welche das Koalitionsrecht für ländliche Arbeiter und Dienstboten verneint, aufgehoben wissen.

Zum Schlußparagraph 17 will ferner **noch ein sozialdemokratischer Antrag alle landesrechtlichen Bestimmungen in Kraft lassen,** die das Vereins- und Versammlungsrecht in geringerem Maße einschränken, als das vorliegende Gesetz. Alle diese Anträge werden nach kurzer Debatte abgelehnt und die §§ 15—17 in der Kommissionsfassung angenommen.

Abg. **Emmel** (Soz.)

behauptet gegenüber dem Abg. Dr. Gregoire, daß der von diesem eingebrachte Antrag zu § 7 zwar von dem Abg. de Wendel unterzeichnet sei, daß der letztere dem Antrage aber vollständig fernstehe. Dieses Verhalten überlasse er dem Urteil aller anständig denkenden Abgeordneten. (Präsident Graf **Stolberg** ruft den Redner für die letzte Aeußerung zur Ordnung.) Abg. Emmel (fortfahrend): Er überlasse dann das Urteil den unanständig denkenden Abgeordneten. (Heiterkeit.)

Die Anträge auf Einschiebung eines neuen Paragraphen werden abgelehnt und der Rest des Gesetzes wird angenommen Als Termin für sein Inkrafttreten wird

der 15 .Mai

bestimmt. — Morgen 12 Uhr Börsengesetz. Schluß kurz vor 9 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Drohende Aussperrung der Pflasterer in Frankfurt a.M.

Durch das städtische Tiefbauamt in Frankfurt a. M. sind ernstliche Konflikte bei den Pflasterern heraufbeschworen worden. Die Akkordsätze für Pflasterarbeiten wurden nämlich vom Tiefbauamt bis zu 15 Pf pro Quadratmeter reduziert. Ein Unternehmer kürzte daraufhin den Arbeitern die Lohnsätze um dieselbe Summe, trotzdem diese vertraglich festgesetzt waren. Die Arbeiter sahen darin einen Vertragsbruch, legten die Arbeit nieder und verhängten die Sperre über die betr. Firma. Der Verband der Pflastermeister Mitteldeutschlands droht nun, wenn bis zum Samstag die Sperre nicht aufgehoben werde, eine **allgemeine Aussperrung** der Pflasterer vorzunehmen. Die Arbeiter beschlossen, die Sperre aufrecht zu halten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Lahr, 6. April. Der Schneiderstreik wurde, nachdem die Arbeitgeber die hauptsächlichsten Forderungen bewilligten und ein Tarif abgeschlossen wurde, nach 16tägigem Ausstand beendet.

Heidelberg. Am Samstag fanden hier die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeitervertreter des Baubezirkes für den Bezirk Heidelberg statt. Ueber die Berliner Abmachungen, über Arbeitszeit, Ueberstundenlöhne und andere untergeordnete Fragen, ist eine Einigung erzielt. Nur über die eigentliche Lohnfrage kam der „Volksstimme" zufolge eine Einigung nicht zustande, und werden hierüber die Verhandlungen demnächst fortgesetzt.

Aus der Partei.

Ottenau, 6. April. Am Donnerstag, 9. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, findet in Ottenau im Gasthaus zum „Strauß" eine Mitgliederversammlung des sozialdem. Wahlvereins statt. Parteigenossen! Erscheint zahlreich in der Versammlung wegen Wichtigkeit der Tagesordnung.

K. Marx in Finnland. Wie „Nascha Gazeta" mitteilt, beabsichtigt die finnländische „Literarische Gesellschaft", die Mittel, die ihr vom Landtage zur Verfügung gestellt werden (50 000 Mk. jährlich) für die Uebersetzung und Herausgabe des „Kapital" zu verwenden.

Badische Chronik.

Durlach.

6. April.

— **Der Vortrag über „Alkohol und Volkswirtschaft"**, der auf Dienstag, 7. April, in Aussicht genommen war, findet acht Tage später statt, und zwar am Dienstag, 14. April, im großen Rathaussaal. Wir ersuchen die Arbeiterschaft Durlachs, jetzt schon für guten Besuch zu agitieren.

— **Endlich** sind die Gehalts- und Anstellungsregulative für die städtischen Beamten und Arbeiter, die schon seit Jahren gefordert und versprochen waren, ausgearbeitet und die Entwürfe den Bürgerausschußmitgliedern zugegangen. Die Beratung und Beschlußfassung hierüber soll am kommenden Mittwoch stattfinden. Offenbar beabsichtigt die Gemeindeverwaltung, die beiden Entwürfe ohne jede Kommissionsberatung, gestützt auf ihre von der ersten und zweiten Klasse des Bürgerausschusses gebildeten Mehrheit, durchzudrücken, trotzdem seitens des Bürgermeisters Dr. Reichardt schon wiederholt versprochen wurde, die Entwürfe nach ihrer Fertigstellung gemeinsam in einer Kommission des Bürgerausschusses vorzuberaten.

Daß die Entwürfe, insbesondere derjenige über die Anstellungsverhältnisse der städtischen Arbeiter, verbesserungsbedürftig sind, ergibt schon eine flüchtige Durchsicht derselben. Was zunächst das Statut für die Beamten und Bediensteten betrifft, so ist ein Gehaltstarif mit Anfangs- und Höchstgehalt und bestimmten Zulagefristen vorgesehen. Die Beamten sind in 8 Abteilungen rangiert. Auf Grund dieses Tarifs sollen 58 Beamtenstellen errichtet werden. Der Beamte soll der Regel nach bei seiner Anstellung nicht älter sein als 35 Jahre. Nach 10jähriger Dienstzeit erwirbt er Anspruch auf Ruhegehalt. Der Ruhegehalt des im 11. Dienstjahre in Ruhestand versetzten Beamten soll 30 Prozent seines zuletzt bezogenen Gehalts betragen und soll sich der Ruhegehalt mit jedem weiteren Dienstjahr um 1¼ Prozent steigern bis zum Höchstbetrag von 70 Prozent des Diensteinkommens. Keinenfalls soll er jedoch 3000 Mk. jährlich übersteigen. Die Hinterbliebenenversorgung sieht vor, daß beim Tode eines ruhegehaltsberechtigten Beamten seine direkten Angehörigen, also Frau und Kinder, zunächst den bisherigen Gehalt desselben als Sterbegehalt für ein weiteres Vierteljahr beziehen. Sodann erhält die Witwe 60 Prozent des Ruhegehalts als Witwengeld, während die Kinder, wenn die Mutter noch lebt, ein Fünftel, wenn sie gestorben oder aus im Statut festgelegten Gründen nicht bezugsberechtigt ist, ⅕ des Witwengeldes als Waisengeld ansprechen können und zwar bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.

Selbstverständlich sind alle diese Bestimmungen an verschiedene „Voraussetzungen" und verschiedene „wenn" und „aber" geknüpft, die wie ein Damoklesschwert über dem Beamten schweben. Manche Bestimmungen sind sehr kautschukartig, ebenso ist viel in das „Ermessen" des Gemeinderats gestellt. Es gäbe also der Entwurf eine sehr gute Unterlage für eine Kommissionsberatung, in der sich wohl mit Leichtigkeit die da und dort vorhandenen Mängel beseitigen ließen, oder eine präzisere Fassung zu erreichen wäre.

Bruchsal.

6. April.

— **Wachet auf!** Den Zimmerern von Bruchsal und Umgebung ist längst bekannt, daß sich schon seit langer Zeit der badische Zimmermeister-Verband im Deutschen Arbeitgeberbund auflöste, wo alljährlich hinter verschlossenen Türen eiserne Gesetze gegen die Arbeiter geschmiedet werden, um ihre volle Entrechtung herbeizuführen. Ferner wissen sie, daß in den letzten Jahren drei von ihnen gestellte Forderungen von seiten des Unternehmertums unbeantwortet blieben. Nun sind inzwischen die Lebensmittelpreise bedeutend gestiegen und nehmen die Zimmerer jene Rigorosität immer noch ruhig entgegen und überlassen sich selbst ihrem Metzger, anstatt sich der Organisation zuzuwenden. Heute noch stehen über 75 Prozent derselben fern und haben blindlings die Flinte ins Korn geworfen, ohne ihre tieftraurige Lage zu bedenken, obwohl sie der Hunger quält und nur im Sommer für sie einige Brosamen übrig bleiben. Wie vor 10 Jahren, so wird ihnen heute noch ihr höchstes Gut, ihre Arbeitskraft, um einen kärglichen Hungerlohn von 35 bis 38 Pf. pro Stunde, sehr vereinzelt etwas mehr, abgekauft.

Wie lange noch lassen die Zimmerleute sich das gefallen? Auf, ihr Zimmerer, erwachet endlich aus eurem Stumpfsinn! Schwere Kämpfe stehen euch noch bevor und nur die Organisation ist es, die euch helfen kann. Meidet jene Vereine, wo eure Interessen mit Kot beworfen werden und gehet dorthin, wo ihr geschützt und als Arbeiter geachtet werdet. Leset die Arbeiterblätter und es wird euch das Interesse an der Organisation von selbst kommen. Tretet ein in die Reihen eurer Kameraden und helfet mit an dem Ausbau der Organisation, dann wird euch bald ein besseres Los beschieden sein. Nehmt euch doch ein Beispiel an euren nächsten Berufsverwandten, den Maurern, die dank ihrer Organisation ihre wirtschaftliche Lage erkannt und verbessert haben. Hinein in die Organisation, denn vereinzelt sind wir nichts, vereint aber eine Macht!

— Besitzwechsel. Die Brückenmühle, bisher Besitztum des Herrn Frank, ging um den Preis von 60 000 Mk. in den Besitz der Stadtgemeinde über. Die Genehmigung durch den Bürgerausschuß dürfte erfolgen. Außerdem erwarb die Stadtgemeinde das Wasserrecht der Stuhlmüllerschen Mühle um 16 000 Mk. Herr Kupferschmiedmeister Bader kam in den Besitz des Elsässerschen Hauses in der Durlacherstraße, ebenfalls um 60 000 Mk.

— Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Ritter von Mannheim fand am 5. d. M. in Schwetzingen eine Versammlung statt, in Angelegenheit der projektierten Eisenbahn Mannheim—Schwetzingen—Reilingen—St. Leon—Bruchsal. Der Versammlung wohnte u. a. Oberbürgermeister Stritt-Bruchsal und Landtagsabgeordneter Vogel-Mannheim bei. Die Kosten der Bahn werden auf annähernd 4 000 000 Mark geschätzt. Bürgermeister Ritter teilte mit, daß in dieser Angelegenheit 2 Petitionen der Regierung überreicht werden sollen.

Rastatt.

6. April.

— **Kommunales.** Das wiederholte Gesuch der Ortsgruppe Rastatt des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes um Errichtung eines Kaufmannsgerichts in hiesiger Stadt wurde vom Gemeinderat abermals abgelehnt, da nach Ansicht der Handelsgenossenschaft und des Gemeinderats ein Bedürfnis zur Errichtung eines solchen noch nicht vorliegt. — Der Lohn des Laternenwärters wird mit Wirkung vom 1. April 1908 auf täglich 3,50 Mk. (bisher 3 Mk.) erhöht. — Das großh. Ministerium des Innern hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Polizeiwache in die Fruchthalle verlegt wird. Das Parterrestockwerk der Fruchthalle, in welchem auch die städt. Sparkasse untergebracht werden soll, wird zu diesem Zwecke teilweise umgebaut werden. — Für die Hilfeleistung bei Schneeanhäufungen auf Gemeindewegen wurde folgender Tarif festgesetzt: a) Arbeitslöhne für erwachsene Arbeiter: männliche 2 Mk., weibliche 1,40 Mk.; für jugendliche Arbeiter: männliche 1,40 Mk., weibliche 1 Mk. b) Fuhrlöhne: für 1 Pferd mit 1 Führer 7,50 Mk., für 2 Pferde mit 1 Führer 13 Mk., für 3 Pferde mit 2 Führern 18 Mk., für 4 Pferde mit 2 Führern 24 Mk., für 2 Ochsen mit 1 Führer 8 Mk., für 4 Ochsen mit 2 Führern 16 Mk.

— **Daß die Besichtigung der inneren Räume des hiesigen Schlosses** gegen ein geringes Eintrittsgeld gestattet ist, dürfte vielleicht noch wenig bekannt sein. Wenn auch die wertvollen Gemälde und Beutestücke aus den Türkenkriegen nach Karlsruhe geschafft wurden, so bieten die Räume doch noch manches Interessante. Oben auf der Kuppel genießt man bei klarem Wetter eine herrliche Aussicht in die Vogesen, in das Murgtal usw.

Freiburg.

6. April.

— **Die für heute Abend anberaumte Versammlung des sozialdemokratischen Vereins findet nicht statt.**

— **Die gestrige Protestversammlung** im „Löwenkeller" war nur mäßig besucht. Gen. Grumbach besprach in einstündigen Ausführungen das von der Reichstagskommission ausgearbeitete Vereinsgesetz. Er deckte die Mängel dieser Blockfrucht auf und zeigte, wie die Liberalen nur durch Verleugnung aller ihrer Grundsätze zur Annahme dieses Gesetzes kommen konnten. Eine entsprechende Resolution fand Annahme, welche folgenden Wortlaut hat:

> Die heute im „Löwenkeller" tagende Protestversammlung spricht sich gegen das dem Reichstag vorliegende Vereins- und Versammlungsgesetz aus. Der Protest wendet sich hauptsächlich gegen die polizeiliche Ueberwachung, gegen den Sprachenparagraphen und gegen das Verbot der Teilnahme von jugendlichen Personen an politischen Versammlungen und Vereinen. Die Versammlung erwartet, daß der Reichstag noch in dritter Lesung diese Bestimmungen ausmerzt oder das Gesetz ablehnt.

Bei Punkt 2 der Tagesordnung: „Die bevorstehenden Wahlen zur Ortskrankenkasse", wies Genosse Engler auf das Abkommen mit den christlichen Gewerkschaften hin. Man habe dies Abkommen getroffen nicht aus der Befürchtung heraus, daß man bei der Wahl unterliege. Der Sieg wäre uns bei einem Kampf sicher gewesen, lediglich aus Billigkeitsgründen habe man sich geeinigt. Daß wir den Christlichen nachgelaufen seien, ist nicht wahr; dazu hatten wir keinen Grund; aber wir hatten auch keinen Grund, die Christlichen zurückzuweisen, nachdem sie bei uns anfragten.

— **Eine schöne Feier** veranstaltete der Bauverein am Sonntag Mittag. Die Mitglieder versammelten sich um 11 Uhr bei den neuen Häusern in der Gutenbergstraße. Prof. Fuchs hielt die Festrede, worin er die Entwicklung des Vereins schilderte, auf die Schwierigkeiten hinwies, die zu überwinden waren und der Freude über das gelungene Werk Ausdruck gab. Er bedauerte, daß bei den Bodenpreisen die Wohnungen nicht billiger abgegeben werden können und daß man noch so weit entfernt vom Ziel aller Wohnungsreformer sei. Kleine Häuser für eine oder doch wenige Familien mit etwas Garten sei das Ziel, wonach sich viele sehnten. Er hoffe, daß es auch dem Bauverein noch gelinge, solche Wohnungen zu erstellen. Redner dankte allen denen, welche zum Gelingen des Werkes beigetragen haben. Herr Reg.-Rat Muth, als Bezirksamtsvorsteher, sprach seine Anerkennung aus für die Leistungen des Vereins und dankte dem Herrn Prof. Fuchs für seine Tätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Der Gesangverein der Postunterbeamten und die Musikkapelle trugen zur Verschönerung bei. Dann zerstreuten sich die Teilnehmer, um die Wohnungen zu besichtigen, welche allgemeines Lob fanden in bezug auf ihre zweckmäßige und hygienische Anlage. Abends fand noch eine gemütliche Feier in der Brauerei Heitzler statt.

— **Ein vortreffliches Programm!** wird jeder sagen, welcher gegenwärtig das Kolosseum besucht. Gleich die erste Nummer, die Ozeanas, bringen vorzügliche Leistungen am Trapez und Ring. Der oberbayerische Komiker Adam ist hier gut bekannt, besonders sind es seine Vergleiche zwischen Stadt und Land, welche wahre Lachsalven entfesseln, auch als „Willy Agoston" erntet er viel Beifall für seine Witze und die Musik mit seinen eigenartigen Instrumenten. Frl. Renolde als Koloratursängerin ist wohl eine der besten in ihrem Genre. Die goldene Eva stellt 7 verschiedene Patina-Bronzestatuen dar, was beim Publikum lebhaften Beifall fand. Ausgezeichnete Leistungen in Parterre-Akrobatik brachte die Crawfords-Truppe, zwei Herren und zwei Damen. Ein Besuch ist sehr zu empfehlen und machen wir darauf aufmerksam, daß die Zeit für dieses Programm mit dem 11. April abläuft.

— Die Eröffnung der neuen Volksschule im Stadtteil Stühlinger wird auf Donnerstag, 23. April ds., in Aussicht genommen und soll aus diesem Anlaß eine entsprechende Feier veranstaltet werden.

— **Milchpantscher.** Vom Bezirksamt hier sind in jüngster Zeit wegen Verkaufs minderwertiger Milch bestraft worden: Milchhändler Emil Küchlin in Wolfenweiler mit 5 Mark oder 1 Tag Haft, Landwirt August Hähringer in Hochdorf mit 2 Mk. oder 1 Tag Haft und Heinrich Schnitzer Ehefrau in Holzhausen mit 3 Mark oder 1 Tag Haft.

Singen.

6. April.

— **Unsere Parteigenossen und Volksfreundleser machen wir auf die am nächsten Mittwoch, 8. April, stattfindende Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins aufmerksam.** Außer der Maifeier stehen weitere wichtige Punkte auf der Tagesordnung, zu deren Erledigung das vollzählige Erscheinen der Parteigenossen erwartet wird. Die Parteigenossen werden auch ersucht, rechtzeitig zu kommen, damit die Versammlung pünktlich eröffnet werden kann und durch später Kommende nicht gestört wird. Anfang ist pünktlich 8½ Uhr.

— Die Hohentwiel-Festspiele werden also auch dieses Jahr wieder zur Aufführung kommen und zwar wird eine Schweizer-Gesellschaft, bestehend aus Schaffhauser und St. Galler Herren, die ganze Sache in die Hand nehmen und den Sommer über regelmäßige Aufführungen veranstalten. Zum erstenmal soll am 28. Mai (Himmelfahrtstag) gespielt werden.

* **Pforzheim**, 6. April. Einen Zusammenstoß mit einem Wilderer hatte gestern Vormittag 7 Uhr der Waldhüter F. Klittich in Urötzingen im Gewann „Hinter dem Kaltenberg". Klittich rief dem Mann, der ein Gewehr unter dem Arm trug, mehrmals „Halt" zu. Der Fremde kümmerte sich zunächst nicht darum, machte dann eine halbe Wendung, legte an und feuerte auf den Waldhüter einen Schuß ab, ohne jedoch zu treffen. Darauf gab auch Klittich auf den Fremden zwei Schrotschüsse ab. Ob diese trafen, weiß er nicht. Der Wilderer wurde noch nicht ermittelt.

* **Hornberg**, 5. April. Am 3. ds. Mts., kurz nach 12 Uhr mittags, stürzte sich das ledige Dienstmädchen Marie Oefler gebürtig von Schramberg, in die zurzeit stark angeschwollene Gutach. Einigen beherzten Männern, insbesondere dem Fabrikarbeiter L. Mosetter, gelang es, in eigener Lebensgefahr schwebend, dieselbe etwa 300 Meter unterhalb der Einsprungstelle in noch lebendem Zustande dem Wasser zu entreißen. Das Motiv der Tat scheint Liebeskummer zu sein.

— Der zurzeit in der hiesigen Steingutfabrik beschäftigte Taglöhner Simon Wöhrle zog sich vor einigen Tagen infolge Ausgleitens eine schwere innere Verletzung zu.

* **St. Georgen**, 6. April. Wegen Unterschlagung im Amte und Urkundenfälschung ist der Postbote Rudolf Philipp aus Konstanz, welcher seit etwa 1½ Jahren beim hiesigen Postamt in Diensten war, verhaftet und nach dem Amtsgefängnis in Villingen abgeführt worden. Philipp unterschlug, soweit sich bisher feststellen ließ, eine Postanweisung mit 300 Mk. und fälschte die Unterschrift. Der unterschlagene Betrag ist bis auf 100 Mk. gedeckt.

* **Dangstetten**, 6. April. Lebensmüde. Am Samstag morgen, während der Futterzeit, erhängte sich die Ehefrau des Zieglers Josef Mülhaupt in einem unbewachten Augenblick, nachdem sie kurz vorher noch Kühe gemolken hat, in der angebauten Waschküche auf der oberen Bühne. Schwermut dürfte die Ursache der Tat sein.

* **Mannheim**, 5. April. Ein Liebesdrama spielte sich am Samstag Abend im Luisenpark ab. Eine Kassiererin des hiesigen Geschäftshauses Beer, Namens Julie Beßle, jagte sich vor den Augen ihres Geliebten eine Kugel in die Herzgegend. Der Krankenwagen fand nur noch eine Leiche. Das Mädchen soll ihren Geliebten gefragt haben, ob er sie zu heiraten beabsichtige. Als er keine bestimmte Antwort gab, zog sie einen Revolver hervor und brachte sich den todbringenden Schuß bei.

* **Heidelberg**, 6. April. Seit einigen Tagen ist ein 12jähriges Schulmädchen verschwunden, das ihren Stiefeltern entlaufen ist.

Ein großer Diebstahl- und Hehlerprozeß

fand am Freitag in Waldshut vor dem dortigen Landgericht statt. Angeklagt waren der verheiratete Maschinist Karl Städele von hier, dessen Pflegesohn, der 19jährige Handlungsgehilfe Adolf Zieler, genannt Burger, wegen Diebstahls, sowie der verheiratete Alteisenhändler Oskar Röder von Tiengen und der ledige Hausknecht August Mutter von hier, letztere zwei wegen Hehlerei. Der Zuhörerraum war den ganzen Tag dicht gefüllt, die Verhandlung dauerte mit einer Mittagspause von morgens 9 Uhr bis nachts halb 11 Uhr. Dem Städele war zur Last gelegt, in mehreren Fällen altes Metall aus der Löwenbrauerei, wo er als Maschinist beschäftigt war, sich angeeignet und an Röder verkauft zu haben. Zieler war als Handlungslehrling mit 10 Mk. und später als Handlungsgehilfe mit einem Monatsgehalt von 60 Mk. beim hiesigen Transportkontor und Lagerhaus angestellt. Derselbe entwendete in dem ungefähren Zeitraum von einem Jahre nach und nach zirka 26 Zentner Frucht, 2 Säcke Salz und Maschinenteile von alten und neuen Maschinen, die zur Zollbehandlung der Firma übergeben waren; aus dem Bureau entwendete er einmal einen Hundertmarkschein und in fortgesetzter Tat Briefmarken. Die Frucht verkaufte er um einen ganz minimalen Preis an den Hausknecht Mutter zum „Lamm", der dieselbe zum Marktpreis weiter verkaufte, und die Maschinenteile an Alteisenhändler Röder in Tiengen. Zu diesen Manipulationen benutzte er junge Burschen als Mittelspersonen. Städele wurde wegen Diebstahls zu einer Gefängnisstrafe von 4 Wochen verurteilt; Zieler erhielt wegen des gleichen Delikts 10 Monate Gefängnis; Röder wurde der Hehlerei für schuldig befunden und zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt; Mutter erhielt wegen gewerbsmäßiger Hehlerei 1 Jahr Zuchthaus. Bei Zieler und Mutter wird die Untersuchungshaft, die dieselben verbüßten, angerechnet.

Wenn der Spießbürger morgen früh beim Kaffee diese Verhanlung gelesen hat, legt er befriedigt die Zeitung aus der Hand und dankt im Stillen Gott, daß wir in einem so geordneten Staatswesen leben, welches das dreimal heilige Eigentum in so energischer Weise schützt und einen ganzen Tag verwendet, um die Frevler gebührend abzustrafen. Daß der Handlungsgehilfe mit einem Monatsgehalt von 60 Mk. heutzutage schlechterdings nicht mehr leben kann, und gerade gezwungen ist, zum

Dieb zu werden, dieses Moment wird heute in der Spruchpraxis der Gerichte nicht erwogen.

Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann übergebt ihr ihn der Pein!

Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 6. April.

Brandstiftung.

Die Tagung des Schwurgerichts für das zweite Quartal nahm heute Vormittag 9¼ Uhr unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektors Dürr ihren Anfang. Ehe in die Verhandlungen eingetreten wurde, gab der Vorsitzende in übersichtlicher und eingehender Weise den Geschworenen die in der Strafprozeßordnung vorgeschriebene Belehrung über deren Rechte und Pflichten bei Ausübung ihres Richteramtes. Darnach wurde die Geschworenenbank für den heutigen Sitzungstag gebildet. Im ersten Falle, der der Aburteilung durch die Geschworenen unterlag, handelte es sich um die Anklage gegen den 45 Jahre alten verheirateten

Taglöhner Josef Ihle

aus Baden, dort wohnhaft, wegen Brandstiftung. Die Staatsanwaltschaft war in dieser Anklagesache durch Staatsanwalt Bleicher vertreten. Die Verteidigung des Angeschuldigten führte Rechtsanwalt Dr. Herrmann. Ihle wurde zur Last gelegt, daß er zu Baden in der Nacht vom 7. und 8. Januar zwischen 1 und 2 Uhr vorsätzlich ein von Menschen bewohntes Gebäude in Brand gesetzt habe. In der genannten Nacht war in dem Anwesen Weinbergstraße 34 zu Baden, das dem Angeklagten gehörte, ein Brand ausgebrochen, der glücklicherweise rasch gelöscht werden konnte, so daß ein größeres Unheil verhütet wurde. Man vermutete sofort Brandstiftung, eine Annahme, die sich auch bestätigte. Ihle selbst hatte sein Haus angezündet gehabt. Er gestand dies bei seiner schon am 8. Januar erfolgten Verhaftung und auch in der heutigen Verhandlung zu. Er erklärte, daß er in Bedrängnis gewesen sei, weil er kein Geld gehabt und nicht gewußt hätte, was er tun solle. Er sei in der Verzweiflung gewesen und deshalb habe er so gehandelt. Auch sei seine Ehe keine glückliche gewesen, da seine Frau stets händelte. Das Leben sei ihm verleidet geworden und in dieser Stimmung, die noch dadurch beeinflußt gewesen, daß er fast stets mit Kopfweh zu tun habe, hätte er die Tat begangen.

Wie aus der weiteren Einvernahme des Angeklagten hervorging, betrieb derselbe früher in Baden eine Kutscherei, die er samt dem Anwesen, das ihm gehörte, im Jahre 1902 von seinen Eltern geerbt hatte. Mit dem Geschäfte war auch eine Kohlenhandlung verbunden. Die Verhältnisse, in welche Ihle durch die Erbschaft kam, waren keine ungünstigen, denn die auf 48 841 Mk. geschätzte Liegenschaft war nur mit 26 000 Mk. belastet. Trotzdem ging es mit dem Geschäfte von Jahr zu Jahr zurück und im Jahre 1906 arbeitete Ihle nur noch als Taglöhner. Er hatte wiederholt geschäftliche Verluste erlitten und zu diesen Schädigungen traten noch Krankheitsfälle in der Familie, besonders die langwierige Krankheit seiner anfangs 1906 verstorbenen ersten Frau. Die Dinge gestalteten sich schließlich für Ihle derart schlimm, daß er die gerichtliche Betreibung befürchten mußte und ihm die Zwangsvollstreckung bevorstand, weil er den Zins für die erste Hypotheke nicht bezahlt hatte.

Am 7. Januar war Ihle nachmittags in Oos. Er kehrte dort in der Wirtschaft zur „Sonne" ein, wo er sich einige Zeit aufhielt. Während er da allein an einem Tische saß, gab er sich ganz seinen Gedanken hin, die wenig erfreulicher Art waren, denn sie beschäftigten sich mit seiner unerfreulichen Lage. Als ich so über alles nachdachte, erklärte der Angeklagte, kam ich in eine große Wut. Ich sagte mir, wenn ich nichts mehr haben soll, brauchen andere auch nichts. Wenn mein Haus verbrennen würde, bekämen meine Gläubiger nichts. Dies brachte mich auf den Gedanken, mein Haus anzuzünden. Ich kam zu dem Entschluß aus Wut über meine Verhältnisse und auch aus Zorn gegen den in meinem Hause wohnenden Kutscher Maier, weil derselbe, ohne mir ein Wort davon zu sagen, die auf meinem Hause ruhende zweite Hypothek mit 5000 Mk. sich erworben hatte. Maier wußte, daß ich nicht gut stand, und er suchte sich auf diese Weise die Möglichkeit zu verschaffen, in den Besitz meines Anwesens zu gelangen.

Nachdem Ihle sich entschlossen hatte, sein Haus in Brand zu setzen, begab er sich auf den Heimweg nach Baden. In der Nähe der Weinbergstraße fand er an einer Baustelle eine leere Flasche. Er nahm dieselbe an sich und schickte damit einen auf der Straße spielenden Knaben in einen Laden, der ihm einen halben Liter Petroleum holen mußte. Das Petroleum versteckte Ihle auf dem Pollinschen Bauplatz in der Friedhofstraße hinter einem Steinhaufen und ging dann in die Wirtschaft zur „Mainau". Gegen 1 Uhr kehrte er dann an die Stelle zurück, an der er die Petroleumflasche verwahrt hatte. Er nahm diese wieder an sich und beschloß, jetzt die geplante Tat auszuführen. Kurz nach 1 Uhr betrat er sein Anwesen. Nachdem er sich überzeugt hatte, daß überall Ruhe herrschte und in den Wohnungen niemand mehr auf war, schlich er sich in einen von Maier gemieteten Schopf, holte dort einen Bund Stroh und stieg damit durch ein Kellerloch in seinen im Vorderhaus befindlichen Holzkeller. Von dem in diesem Raume aufgespeicherten Brennholz nahm Ihle mehrere Stücke heraus, begoß sie und das Stroh mit Petroleum und zündete darauf das Stroh an. Auf dem gleichen Wege, auf welchem der Angeklagte in den Keller gelangt war, entfernte er sich wieder. Er ging aber nicht in seine im Hinterhaus belegene Wohnung, sondern lief nach Lichtental und von dort zurück nach Baden bis zum Bahnhof, dann wieder nach Lichtental. Von hier aus nahm Ihle seinen Weg nach Steinbach. Er bestieg dort die Eisenbahn und fuhr nach Achern. Nach kurzem Aufenthalt benützte der Angeklagte wiederum die Bahn, um sich diesesmal nach Rastatt zu begeben. Am Abend fuhr er dann nach Oos, wo er kurz nach seinem Eintreffen in der Nähe des Bahnhofs verhaftet wurde.

Die Absicht, die Ihle mit seiner verbrecherischen Tat verfolgte, erreichte er nicht. Das Feuer flammte allerdings schnell auf und ergriff das im Keller aufgeschichtete Holz, sowie die Balken der Kellerdecke. Durch die starke Rauchentwicklung aber, die sich sofort im ganzen Hause bemerkbar machte, erwachten die Bewohner des unteren Stockwerkes. Sie machten sofort Lärm, so daß alle Insassen des gefährdeten Hauses sich in Sicherheit bringen konnten. Da auch rasch Hilfe aus der Nachbarschaft herbeieilte, gelang es, das Feuer in kurzer Zeit zu löschen. Der Brandschaden war daher auch ein nur geringer.

An die Geschworenen waren zwei Fragen gerichtet: eine Schuldfrage wegen vorsätzlicher Brandstiftung und eine solche wegen fahrlässiger Brandstiftung. Die Geschworenen bejahten die zweite Frage, worauf der Angeklagte, unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, zu

1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus

verurteilt wurde.

Kommunalpolitik.

Bretten, 3. April. Die Bürgerausschußsitzung, die am 31. März stattfand, hatte sich mit dem Voranschlag für das Jahr 1908 zu befassen. Außerdem war noch als wichtiger Punkt: „Erlassung eines Ortsstatuts für die Gewerbeschule" zu verzeichnen. Dieser Sitzung ging eine Vorbesprechung am Abend zuvor voraus, zu der sich auch einige Handwerker einfanden, um gegen das Ortsstatut Propaganda zu machen. Die hiesigen Handwerksmeister sind nämlich ganz aus dem Häuschen, daß der dritte Jahreskurs für Lehrlinge auf dem neuen Ortsstatut vorgesehen ist und glauben, wenn die Lehrbuben noch mehr in die Gewerbeschule müssen, sie an der Ausbeutung der Lehrjungen eine Einbuße erleiden. Lieber wollen sie die Gewerbeschule ganz eingehen lassen, als den dritten Jahreskurs einzuführen, was doch sehr bedauerlich wäre. Unser Genosse führte in der Vorversammlung aus, daß das, was in andern Städten möglich ist, auch hier durchzuführen wäre und gab der Meinung Ausdruck, daß die hiesigen Meister dadurch nicht zugrunde gehen würden. Diese Ausführungen machten den Schneidermeister W. Petri so rabiat, daß er ausrief: „Das sind halt Sozialdemokraten!" — Daraus ist zu schließen, daß der Herr Schneidermeister sehr schlecht auf dieselben zu sprechen ist. Die Arbeiter und Genossen werden daher gut tun, denselben möglichst wenig zu belästigen, um ihn nicht noch mehr aufzuregen, wenn er sich so weit entwürdigen muß, solcher „Gesellschaft" auch noch Rock und Hose zu machen. — Bei der Beratung dieses Punktes in der Bürgerausschußsitzung waren bereits ebensoviele Handwerksmeister, als Mitglieder des Bürgerausschusses anwesend, und der Bürgermeister hatte „vorsichtigerweise" einen Polizeidiener im Saale postiert, um eventuellen Möglichkeiten vorzubeugen. Was war die ganze Aktion der Handwerksmeister? Das neue Ortsstatut wurde gegen einige Stimmen angenommen.

Die Schulden der hiesigen Stadt sind auf 366 538 Mark angelaufen und wurde der Schuldentilgungsplan auf 28 Jahre laufend einstimmig angenommen, sodaß in dieser Zeit die bis jetzt gemachten Schulden abgezahlt sind.

Bei der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Verwendung der Sparkassenüberschüsse wurden einige Positionen gestrichen, so z. B. die Teerung einer Straße; dafür soll der Saal des Rathauses besser ausgestattet werden mit Schreibtischen usw. usw.

Zum Hauptpunkt der Sitzung Voranschlag für 1908 wurde von unserer Seite die Errichtung eines Gewerbegerichts beantragt und wird sich der Gemeinderat in nächster Zeit damit befassen. Ebenso wurde von unserm Genossen die Verbesserung einiger Wege und Trottoirs verlangt, die sehr notwendig sei. Auch trat unser Genosse für die Polizei ein, die in letzter Zeit unnötig schikaniert wird. So z. B. müssen die Polizeidiener Sonntags den ganzen Tag, mit der „Pickelhaube" herumlaufen, was doch so unnötig ist wie etwas auf der Welt. Zum Schluß frug unser Genosse noch an, wie es mit der Beschwerdeschrift der Gasarbeiter gegen den Gasmeister M. Gerber bestellt sei, die bei der letzten Bürgerausschußsitzung dem Gemeinderat übergeben worden ist. Der Bürgermeister entgegnete, daß diese Sache jetzt nach Anhören der Gasarbeiter geregelt sei und die Letzteren auf Befragen zufriedengestellt seien. Hierauf wurde der Voranschlag einstimmig genehmigt, ebenso die Verbescheidung der 1905er städtischen Rechnungen. Die Sitzung dauerte 3½ Stunden.

Daxlanden, 3. April. Es ist nun bald ein Jahr her, daß die sozialdemokratische Bürgerausschußfraktion einige Anträge beim Gemeinderat einbrachte, die aber heute noch zum Teil ihrer Erledigung harren. In der letzten Bürgerausschußsitzung im Dezember sagte uns der Herr Bürgermeister: Im nächsten Monat findet wieder eine Sitzung statt, dann wird alles erledigt! Wir möchten nun anfragen, welchen „nächsten Monat" er damit gemeint hat, oder ob er warten will, bis wieder ein Kirchenbauplatz zu verschenken ist. Wie es scheint, will man unsere Anträge überhaupt nicht mehr zur Beratung stellen, dann teile man uns das gefl. mit, damit wir wissen, woran wir sind.

Pforzheim, 5. April. Defizit in der Ortskrankenkasse. Die außerordentliche Generalversammlung, die am letzten Donnerstag stattfand, war von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern gut besucht. Das Jahr 1907 hat der Kasse einen ungünstigen Abschluß gebracht, der seinen Ausdruck in einem Defizit von 61 172 Mk. findet. Noch bedeutend schlechter ist durch hohen Krankenstand das finanzielle Ergebnis der Monate Januar und Februar 1908 beeinflußt worden. In diesem kurzen Zeitraum beträgt das Ausgabemehr gegenüber 1907 die ganz bedeutende Summe von 28 000 Mk.

Bietigheim, 4. April. Wahlbier. Gegen die am 21. Dezember 1907 in Bietigheim vorgenommene Erneuerungswahl von drei Gemeinderäten wurde bekanntlich Einsprache mit der Begründung erhoben, daß sich die Gewählten durch vor und nach der Wahl in verschiedenen Wirtshäusern gespendetes Freibier eine Wahlbeeinflussung hätten zu Schulden kommen lassen. Da aber nach dem Ergebnis der gemachten Erhebungen kein Beweis erbracht werden konnte, daß die Gewählten das verabreichte Freibier den Wählern für die Abstimmung zu ihren Gunsten zu bezahlen versprochen hatten, wurde in der letzten Bezirksratssitzung in Rastatt der Einsprecher unter Verfällung in die entstandenen Kosten abgewiesen.

Wir möchten uns nun die Frage erlauben: Zu welchem Zwecke haben denn die Gemeinderatskandidaten vor der Wahl das Wahlbier eigentlich spendiert?

Ottersdorf, 5. April. In der letzten Bezirksratssitzung wurde wegen der von Amts wegen erfolgten Anfechtung der hiesigen Gemeinderatswahl Beratung gepflogen. Am 17. Februar ds. Js. wurde die regelmäßige Erneuerungswahl der drei Gemeinderatsmitglieder vorgenommen. Während im allgemeinen nach Maßgabe der bezüglichen Vorschriften verfahren worden ist, wurde die Wahl selbst ohne Isolierraum (Nebenraum) vorgenommen, außerdem waren die Stimmzettel ohne Umschlag abgegeben worden. Aus diesen Erwägungen heraus traf der Bezirksrat die Entscheidung, daß die Wahl wegen Verletzung wichtiger Wahlvorschriften für ungültig zu erklären sei. Die Kosten hat die Gemeinde zu tragen.

Steinen, 6. April. Bei der am 4. d. M. stattgefundenen Gemeinderatswahl ist der Vorschlag der demokratisch-sozialdemokratischen Parteien unterlegen. Die nationalliberale- resp. die „Köchlin-Partei, die erst unlängst vor dem Lörracher Schöffengericht in der Sache gegen den Geschäftsführer Krieslich so glänzend abgesägt wurde, hat ihre Kandidaten durchgebracht. Für den Arbeiterort Steinen ein sehr trauriges Ergebnis.

Bischweier, 5. April. Weil die gesetzlichen Vorschriften nicht beobachtet wurden, erklärte der Bezirksrat in seiner letzten Sitzung die am 5. März ds. Js. hier vorgenommene Erneuerungswahl der Gemeinderäte für ungiltig. Die Kosten des Verfahrens wurden der Gemeinde auferlegt.

Bassermann als Mannheimer Oberbürgermeister. Die „Mannh. Volksst." schreibt: In verschiedenen Blättern ist berichtet worden, dem Reichstagsabgeordneten Bassermann sei die Stelle eines Oberbürgermeisters von Mannheim „angetragen" worden. Herr Bassermann habe jedoch abgelehnt. — Die ganze Meldung ist, wie wir versichern können, eine glatte Erfindung. Herrn Bassermann ist der Oberbürgermeisterposten nicht „angetragen" worden; er konnte ihn deshalb auch nicht ablehnen. Uebrigens gibt es weder eine amtliche Stelle noch eine Fraktion, die Herrn Bassermann die Stelle hätte „antragen" können.

Genossenschafts-Bewegung.

Bühlertal, 8. April. Der vor kurzem hier ins Leben gerufene Winzerverein beabsichtigt, am Bahnhof Obertal ein „Weinstüble" zu errichten, in der naturreiner Affentaler Rotwein zum Ausschank kommen soll. Dieses Vorhaben, auf genossenschaftlichem Wege den Weinhandel zu betreiben und die Weinfälschung unmöglich zu machen, ist sehr zu begrüßen, obwohl einige Wirte im Stillen eine Faust machen. Durch dieses Unternehmer soll die Notlage der hiesigen Winzer gehoben werden.

Waldshut, 6. April. Kurz nacheinander hielt der hiesige Konsumverein 2 Generalversammlungen ab. Die zweite Versammlung war hauptsächlich deshalb notwendig, weil zur Neuregelung der hypothekarischen Belastung des Gebäudes bei der ersten Versammlung die statutarische Mehrheit nicht vorhanden war. Die erste Versammlung war von 93 Mitgliedern besucht. Einleitend bemerkte der Vorsitzende, Obertelegraphenassistent Brugger, daß der Verein erfreulicherweise in stetigem Wachsen begriffen ist und sich demzufolge der Umsatz im Jahre 1907 gegen das Vorjahr wieder bedeutend vermehrt hat. Doch seien auch die hohen Lebensmittelpreise selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf das Geschäftsergebnis geblieben. So erforderte das Milchgeschäft, das pro Jahr über 80 000 Liter erfordert, eine Mehrausgabe an die Lieferanten von über 1700 Mark, da der Verein trotz der allgemeinen Milchpreiserhöhung an seine Mitglieder die Milch zum alten Preise von 18 Pf. pro Liter verkauft hat. Auch die Ausgaben in der Bäckerei haben sich ganz bedeutend vermehrt infolge der hohen Mehlpreise (pro Sack 8—10 Mark). Dennoch konnte der Vorsitzende bekannt geben, daß eine Dividende von 6 Prozent verteilt werden könne. Nach Bekanntgabe des Geschäftsberichts durch den Geschäftsführer Röderer wurde dem Vorstand und Aufsichtsrat einstimmig Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Geschäftsführers und Kassiers hatte das Ergebnis, daß Röderer mit 71 Stimmen wieder als Geschäftsführer und Kaufmann Scheuble mit 82 Stimmen als Kassier gewählt wurden. In den Aufsichtsrat wurden gewählt: G. Wenk, Schriftsetzer, mit 68 Stimmen, Bahnarbeiter Thoma mit 51 Stimmen, Techniker Blech mit 49 Stimmen, Zimmermeister Hilpert mit 44 Stimmen und Schriftsetzer Trautweiler mit 42 Stimmen. In den Genossen Wenk und Trautweiler hat nun auch die Arbeiterschaft ihre Vertretung im Aufsichtsrat erhalten. Die Gehaltserhöhung der drei Vorstandsmitglieder wurde nahezu einstimmig gutgeheißen.

Die zweite Versammlung befaßte sich mit der Neuregelung der hypothekarischen Belastung des Grundstückes und wurde nach den Erläuterungen des Aufsichtsrates demselben die Ermächtigung hiezu einstimmig erteilt. Auch über die im Laufe des letzten Jahres gegründete Metzgerei wurde ausgiebig debattiert und der Nutzen derselben für das gesamte Publikum hauptsächlich darin anerkannt, daß dieselbe vorzüglich als Preisregulator wirkt und wurde beschlossen, dieselbe vorerst in dem jetzigen Umfange weiterzuführen. Wenn auch bei der kurzen Zeit des Bestehens derselben von einem Ueberschuß keine Rede sein kann, so ist doch zu berücksichtigen, daß die Mitglider durch die herabgesetzten Fleischpreise, denen sich auch die übrigen Metzger anschließen mußten, die Dividenden schon in der Tasche haben, und ist bestimmt damit zu rechnen, daß nach kurzer Zeit auch dieser Geschäftszweig den anderen sich würdig anschließen wird. Auch das neueingeführte Flaschenbiergeschäft und die Sodawasser- und Limonadefabrikation haben sich vorzüglich bewährt.

Neues vom Tage.

Gebäudeeinsturz.

London, 6. April. In der Castle-Street im Londoner Westend stürzten heute Morgen 2 Uhr zwei Wohnhäuser ein. Diejenigen Leute, die in den oberen Stockwerken geschlafen hatten, etwa 15 Personen, konnten sich meist mit unerheblichen Verletzungen aus den Trümmern befreien. Bald stieß man aber auf Schwerverletzte und Tote. Bisher wurden 9 Tote geborgen. 17 Verletzte wurden in einem provisorischen Lazarett untergebracht und 3 Schwerverletzte nach dem Hospital geschafft. Es heißt, daß 35 Personen in den eingestürzten Häusern waren. Die Rettungsarbeiten dauern fort. Die Unfallstelle ist von der Polizei abgesperrt. Von den Häusern blieb kein Stein auf dem andern. Sie waren alt und sollten abgerissen werden. Das eine der eingestürzten Häuser war meist von deutschen Angestellten des York-Hotels bewohnt.

Die eingestürzten Gebäude gehörten zum Hotel Berner. Der Einsturz erfolgte in der Nacht ohne ein vorheriges Anzeichen. Ein vorübergehender Schutzmann sah einige Mauersteine fallen und schon im nächsten Augenblick stürzte die Front ein. Wolken von Staub verhinderten zunächst, das Unglück zu übersehen. Die Straße wurde mit Gas und Acetylenlampen erleuchtet. Die Säle des stehengebliebenen Hotels füllten sich mit Leichen und Verwundeten. Das Hilfegeschrei der Verwundeten war schrecklich.

*

Gleichzeitig wird ein neues schweres Unglück gemeldet. In der Upper thames-Street hierselbst stürzte ein Baugerüst ein,

das 14—20 Fuß hoch war. Die Arbeiter, etwa 30 an der Zahl, kehrten gerade vom Mittagessen zurück und befanden sich fast sämtlich auf der Laufbahn der ersten Etage, als das Gerüst krachend zusammenbrach. 20 Mann stürzten in die Tiefe, die übrigen konnten sich durch Zurückspringen retten. 12 der Abgestürzten sind mehr oder weniger schwer verwundet. Die Feuerwehr, die sofort zur Stelle war, brachte den Verwundeten die erste Hilfe.

Breslau, 6. April. In einem Restaurant entstand ein Wortwechsel zwischen dem Stud. jur Wilhelm Haehnisch aus Rabishau und den Breslauer Lehrern Fruhner und Grzegurz. Auf der Straße fiel Haehnisch, der nicht mehr nüchtern war, über beide Gegner her, warf Grzegurz nieder und mißhandelte ihn. Dieser zog ein Dolchmesser und tötete den Studenten durch mehrere Stiche in den Hals, Nacken und Unterleib.

Budapest, 6. April. Im Bergwerk Rimamurany wurden zwei Bergleute durch einen zu früh losgegangenen Schuß getötet. — Die Ortschaft Pusztavoin ist vollständig niedergebrannt. 153 Wohnhäuser sind eingeäschert. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist groß.

Oviedo (Spanien), 6. April. Infolge Explosion einer Dynamitpatrone in der Grube Felicitas sind **4 Bergarbeiter getötet** und einer schwer verwundet worden.

Ein grausiges Bild aus dem Gegenwartsstaat

entrollte eine Verhandlung vor dem Chemnitzer Landgericht. Beim Aufruf vor der Verhandlung kam ein kleines, blasses Kind in den Saal getrippelt. Es mußte in dem Raum Platz nehmen, den man Anklagebank nennt. Kaum bis zur Höhe der Barriere konnte das Mädchen sehen, das sich wegen schweren Diebstahls zu verantworten hatte. Das Mädchen hatte den Vater frühzeitig verloren, die Mutter ging in die Fabrik, um mit dem kärglichen Verdienst sich und ihr Kind vor der größten Not zu bewahren. Dieses war außerhalb der Schulzeit sich selbst überlassen. Da hatte es bemerkt, daß ein Hausbewohner Geld in einer Ledertasche in der Küche verwahrte. Mit einem der Mutter gehörigen Schlüssel hatte das Mädchen in Abwesenheit der Nachbarsleute deren Wohnung geöffnet und aus der Ledertasche 110 Mk. herausgenommen, 79 Mk. hatte der Nachbar davon wieder erhalten. Auf Befragen, was es mit dem anderen Gelde gemacht habe, erklärte das geständige Mädchen, das kurz vor der Tat erst das 12. Lebensjahr vollendet hatte, **daß es damit die Schulden der Mutter bezahlt habe!** Das Kind wurde zu **einem Monat Gefängnis** verurteilt. Das Gericht will sich für Bewährungsfrist verwenden.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe,** 7. April.

Gute Geschäfte

wollen manche Grundstückbesitzer beim Bau des neuen Bahnhofs machen. Am Samstag fand vor der Zivilkammer eine umfangreiche Beweiserhebung wegen der Enteignung des zum neuen Bahnhof nötigen Stefanienbades Beiertheim statt. Ueber den Ausgang verlautet noch nichts, doch spricht man davon, daß für das Stefanienbad ungefähr eine **halbe Million Mark** gefordert werde. Müheloser Erwerb! Aber sogar gegen die Besteuerung dieser Art Wertzuwachs wehren sich die Hausbesitzer.

Die Bahnhofsbauten dürften uns übrigens noch manche Proben von „Bescheidenheit" der Grundstücksbesitzer bringen.

Jugendorganisation.

Wir machen unsere Mitglieder auf die morgen Mittwoch Abend punkt 8 Uhr stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam, in welcher ein Jugendgenosse einen Vortrag halten wird über: „Erlebnisse eines Handwerksburschen". Wir wünschen und hoffen, daß sich in Anbetracht des Themas die Jugendgenossen zahlreich einfinden.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß diese Versammlung ausnahmsweise im Saale des Vereinslokals (Auerhahn) stattfindet. Genossen und Genossinnen! Gedenket eurer Pflicht als Mitglieder eurer Organisation und erscheint zahlreich und pünktlich. Freunde und ältere Parteigenossen, sowie die uns noch fernstehenden Söhne und Töchter derselben sind freundlichst eingeladen.

Die erweiterte Volksschule ist revidiert worden.

Ueber das Resultat sagt der Stadtratsbericht: Die Kreisschulvisitatur hat der städtischen Schulkommission den Bescheid über die in der Zeit vom 24. Februar bis 21. März ds. Js. vorgenommene Prüfung der erweiterten Volksschule dahier zugehen lassen. Der Bescheid spricht sich sowohl über den guten baulichen Zustand der Schulhäuser, die Sauberkeit und Ordnung, die in ihren Räumen herrschen und den Reichtum an Lehrmitteln, mit denen sie ausgestattet sind, als auch über das warme Interesse der Stadtbehörde für Volksschulwesen und die tatkräftige Hand des fachmännischen Leiters desselben sowie über die dienstliche Tätigkeit des Lehrerpersonals recht befriedigend und anerkennend aus.

Der gute Ton in der Brauerei Kammerer.

Die Zahlstelle Karlsruhe des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter schreibt uns: Es wuren schon wiederholt Klagen laut über die schroffe Behandlung, die die Herren Gebr. Kammerer ihren Arbeitern angedeihen lassen und über die Gepflogenheiten, wie sie mit denselben verkehren. Nun bemerkte man aber, daß der gute Ton sich auch auf die Arbeiter abgefärbt hat. Da warfen die Herren aber gleich mit Kündigungen um sich. Besonders die Bierfahrer haben sich des mangelnden Wohlwollens der Herren Kammerer zu erfreuen. Die Bierfahrer müssen auch nebenbei Gerichtsvollzieherdienste leisten, weil ja die Großbrauereien den kleinen Schnappern die guten Kunden schon alle weggefischt haben, und deshalb auch die Brauerei Kammerer nur Bier gegen Barzahlung verkauft. So wurde einem Bierfahrer gekündigt, weil er sich bei einer solchen Auseinandersetzung über die Eintreibung von Biergeldern erlaubte, den in diesem Geschäft üblichen Ton anzuschlagen. Wir meinen, die Herren Gebrüder Kammerer hätten gar keine Ursache, sich deshalb aufzuregen. Sie sollten den Arbeitern mit gutem Beispiel vorangehen, dann wird der gute Ton sich auch im Hause Kammerer mehr und mehr einleben.

---

* **Die Voranschlagsberatungen des Karlsruher Bürgerausschusses** erheischen besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Bürgerausschußwahlen das lebhafteste Interesse der Karlsruher Steuerzahler. Die Leser des „Volksfreund" in Groß-Karlsruhe erhalten deshalb mit der heutigen Nummer eine besondere Beilage zugestellt, in welcher die Bürgerausschußdebatten ausführlich wiedergegeben sind. Einige Voranschläge, wie der über die Straßenbahn, konnten in der Beilage Aufnahme nicht mehr finden. Sie werden im „Volksfreund" besonders abgedruckt.

* **Konzessions- und Baugesuche.** Unbeanstandet werden dem Bezirksamt vom Stadtrat vorgelegt das Baugesuch des Bremsers Fr. Xander im Stadtteil Rüppurr — Errichtung eines Vordaches über dem Fenster und der Tür des in seinem Wohnhaus Ecke Lebrecht- und Goehren-Straße befindlichen Ladens — sowie das Gesuch des Wirts Heinrich Fecht dahier um Erlaubnis zur Verlegung seiner Schankwirtschaftskonzession mit Branntweinschank vom Hause Durlacher-Allee Nr. 20 „Zum Franziskanerkeller" nach jenem Karl-Friedrichstraße Nr. 12 „Zum goldenen Adler" und zum Betrieb der Realgastwirtschaft daselbst. — Das Gesuch des Wagenbauers Johann Schwab hier um Erlaubnis zur Erichtung und zum Betrieb einer Schankwirtschaft mit Branntweinschank im Hause Kaiser-Allee 115, Ecke der Herder-Straße, wird durch Anschlag an der Verkündigungstafel zunächst zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

* **Die Lieferung** der im laufenden Jahr für die städtischen Betriebe benötigten blauen Arbeiteranzüge wird an die Firma Joh. Heinrich Felkel hier vergeben.

* **In der Karwoche** wird der städtische Fischmarkt Mittwoch, den 15. April, nachmittags von 3—7 Uhr und Donnerstag, den 16. April, vormittags von 7½—12 Uhr abgehalten. Vom 2. Mai bis mit 30. September ds. Js. wird der städtische Fischmarkt geschlossen.

* **Beiertheim.** Wir möchten die Mitglieder des Arbeitergesangvereins „Freiheit" an dieser Stelle ersuchen, am Mittwoch, 8. April, in der Singprobe recht zahlreich zu erscheinen. Sie beginnt wegen der nach der Probe stattfindenden Besprechung schon um 8 Uhr. Es muß Ehrensache jedes Mitgliedes sein, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

* **Eine öffentliche Wirteversammlung** findet am morgigen Mittwoch, Nachmittags ½4 Uhr, bei Möhrlein statt. Zweck derselben ist, die Gründung eines freien Gastwirtevereins in die Wege zu leiten. Das Referat hat Herr Brand-Frankfurt a. M. übernommen. (Siehe Inserat in der heutigen Nummer.)

* **Vor der Herberge zur Heimat** entstand am Sonntag Abend ein größerer Menschenauflauf, weil drei Gelegenheitsarbeiter sich gegenseitig herumschlugen und Skandal machten, so daß zwei derselben festgenommen werden mußten, wobei sie sich widersetzten. Bei dieser Gelegenheit wurde von einer noch nicht festgestellten Person ein Schreckschuß auf die Skandalmacher abgefeuert.

* **Der Ehefrau eines Fuhrknechts** wurden am 4. d. M. früh ein Sack mit zwei ziemlich neuen braunen Wolldecken und etwa 200 Stöcke junger Salat mit samt dem Grund, als wäre er handvollweise aus einem Gartenbeet gerissen worden, abgenommen, weil sie sich über den Erwerb nicht ausweisen konnte und zu vermuten ist, daß sie die Sachen irgendwo gestohlen hat.

Letzte Post.

Wahrscheinlicher Friede in der Holzindustrie.

Am Samstag, 4. April, sind die Verhandlungen in der Holzindustrie, die unter dem Vorsitze von Staatsminister a. D. v. Berlepsch in Leipzig stattfanden, nach achttägiger Unterbrechung wieder aufgenommen worden. Ueber diese Verhandlungen schreibt die neueste Nummer der Fachzeitung der Holzindustriellen Deutschlands:

„Ohne indiskret zu sein, und ohne uns auf gewagte Prophezeiungen einzulassen, können wir indessen unseren Lesern schon heute mit einiger Bestimmtheit die Versicherung geben, daß der Friede erhalten und die Erneuerung der Verträge auf der ganzen Linie ohne Aussperrung erfolgen wird. Daß der eine Teil wesentlich von seinen Forderungen ablassen, und der andere Teil im Laufe der Vertragsperiode etwas zugeben würde, war für jeden Kundigen vorauszusehen, und wenn deshalb Angehörige beider Parteien etwa unzufrieden mit dem zu erwartenden Schiedsspruch sein sollten, so wolle man doch nicht übersehen, daß ein magerer Vergleich immer noch besser ist, als der siegreichste Lohnkampf, welcher Arbeitgebern und Arbeitnehmern tiefe Wunden schlägt."

Die Scharfmacher in der Holzindustrie hufen also zurück und haben ihre Aussperrungspläne aufgegeben.

Die Verhandlungen im Baugewerbe in München

Die Samstag-Verhandlungen im Baugewerbe dauerten genau 9½ Stunden, ohne daß in der Lohnfrage eine Einigung erzielt werden konnte. Die Parteien erklärten sich aber bereit, die strittig gebliebenen Punkte dem Einigungsamte des Gewerbegerichts zu unterbreiten und um einen Schiedsspruch zu ersuchen. Das Schiedsgericht trat Montag, den 6. April, zusammen, und die Parteien werden am Dienstag in ihren Organisationsverhandlungen zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen.

Ein dritter Harden-Prozeß.

Maximilan Harden hat durch seinen Münchener Vertreter, Justizrat Bernstein, gegen den verantwortlichen Redakteur der in München erscheinenden „Neuen freien Volkszeitung" (das offizielle Organ des Bauernbunds) Beleidigungsklage erhoben. In der genannten Zeitung war Harden bei Besprechung seines zweiten Prozesses scharf angegriffen worden. Insbesondere wurde ihm Käuflichkeit vorgeworfen. Harden will diesmal weniger zurückhaltend sein, wie in seinem zweiten Berliner Prozeß.

Lynar und Gemahlin.

Eine Berliner Depesche besagt: Wie in Gesellschaftskreisen verlautet, hat die Gemahlin des Grafen Lynar, der augenblicklich in Siegburg seine Gefängnisstrafe abbüßt, gegen ihren Gemahl Scheidungsklage eingereicht. Gräfin Lynar ist eine Schwester der Gemahlin des Großherzogs von Hessen. Die Großherzogin ist also die Schwägerin des edlen Herrn.

Unruhen bei den Wahlen in Portugal.

Lissabon, 6. April. Die Zensur hält alle Telegramme über die gestrigen Wahlunruhen zurück, sodaß alle Einzelheiten fehlen. Bekannt ist nur, daß viele Personen verwundet und mehrere getötet sind. Die bisherigen Wahlrechtsresultate ergaben eine Mehrheit für die monarchische Konzentration, welche von den 146 Sitzen bereits 90 erobert hat.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Jugendorganisation.) Mittwoch, den 8. April, abends 8 Uhr, im „Auerhahn", Mitgliederversammlung mit Vortrag: „Erlebnisse eines Handwerksburschen". 1543.2 Der Ausschuß.

Karlsruhe. (Soz. Verein.) Mittwoch, den 8. April, abends 8 Uhr, Ausschußsitzung im „Auerhahn". Hierzu sind die Mitglieder der **Bürgerausschußfraktion** ebenfalls eingeladen. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig. 1563.2 Der Vorstand.

Karlsruhe. (Gesangverein Lassallia.) Heute Abend punkt 9 Uhr: Probe im Lokal. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Sänger erwartet 1554 Der Vorstand.

Karlsruhe. (Gesangverein Bruderbund.) Aus besonderem Anlaß heute Abend punkt halb 9 Uhr Zusammenkunft der Sänger im „Rheinkanal". 1571

Freiburg. (Gewerkschaftskartell.) Mittwoch, den 8. April, abends halb 9 Uhr, Delegiertenversammlung bei Santo. Vollzähliges Erscheinen erwartet 1559 Der Vorstand.

Freiburg. (Sozialdemokr. Verein.) Umständehalber fällt heute Abend die Mitgliederversammlung aus.

Briefkasten der Redaktion.

M. B. Gewiß; die Lesehalle in der Schützenstraße ist geöffnet an Werktagen von 12—2 Uhr mittags und 6—10 Uhr abends; Sonntags von 10—12 Uhr mittags und von 7—9 Uhr abends. Ein stärkerer Besuch durch die in der Südstadt wohnenden Arbeiter ist dringend nötig. (Siehe Generaldebatte im Bürgerausschuß.)

Wasserstand des Rheins.

Dienstag, den 7. April, morgens 6 Uhr:
Schusterinsel 1.98, gest. 15 cm, Kehl 2.45, gef. 6 cm, Maxau 4.10, gef. 12 cm, Mannheim 3.66, gef. 4 cm.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Geschäftliches.

Aus kleinen Anfängen zu einer der größten Firmen unserer deutschen Nahrungs- und Genußmittel-Industrie hat sich die Maggi-Gesellschaft entwickelt. Die von ihr hergestellten Erzeugnisse, namentlich Maggi's Würze und Maggi's Suppen, genießen heute einen Weltruf. Der großartige Aufschwung dieses Unternehmens, das ca. 350 kaufmännische Beamte und 800 Arbeiter beschäftigt, ist um so erfreulicher, als die Fabrik sich in Singen am Hohentwiel befindet, also zur heimischen Industrie zählt. Mustergiltig sind die Einrichtungen und sympathisch berührt die überall herrschende Ordnung, verbunden mit peinlicher Sauberkeit bei der Fabrikation. Wie wir hören, gestattet die Fabrikleitung Vereinen und größeren Gesellschaften jederzeit — auch Sonntags — gegen vorherige Anmeldung bereitwillig die Besichtigung ihrer Anlagen.

Sunlicht-Seife

hat bei einfacher Verwendung unübertreffliche Wirkung und ist daher so beliebt, dass sie den grössten Umsatz aller Seifen der Welt hat! Nicht nur bei feinen Stoffen etc., sondern bei jeglichem Material erweist sie sich bei grösstem Reinigungsvermögen als sparsam, weil sie sehr ausgiebig ist!

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem uns so schwer betroffenen Verluste unseres lieben Bruders

August Volz, Schleifer

für die ehrenvolle Begleitung zur letzten Ruhestätte, sowie für die zahlreichen Kranzspenden, hauptsächlich für diejenigen des Gesangvereins Liederkranz, der Maschinenfabrik Grizner und seiner Arbeitskollegen, sagen wir unseren tiefgefühlten, herzlichsten Dank.

Karl Volz.
Magdalene Volz.
Luise Volz.

Grötzingen, 5. April 1908. 1564

Mittwoch den 8. April 1908,
abends halb 9 Uhr im großen Saale der
„Eintracht“

Oeffentlicher Vortrag

über
Spiritismus u. Naturwissenschaft
von
A. Hackh, Schriftsteller aus Stuttgart
anschließend
Freie Diskussion.

Preise der Plätze: Sperrsitz Mk. 1.50, I. Platz Mk. 1.—, II. Platz 50 Pfg.

Welt-Kinematograph

Karlsruhe
Kaiserstr. 133.

Als Zusatz zum Programm vom 2. April bis auf weiteres (ohne Preiserhöhung):

Die Monarchenzusammenkunft
am 25. und 26. März 1908 in Venedig.

Ankunft Ihrer Majestäten in Venedig. 1552
Rundsicht über die Prachtgondeln in Venedig.
Besuch im Arsenal in Venedig.
Empfang am Palais Mula (Palast der Gräfin Morosini).
Die Schiffe Hohenzollern und Hamburg.

Eigene Aufnahme. Eigene Fertigstellung.

Zur großen Putzerei

empfehle meine
Ausnahmspreise
in **Ia.**
Fussboden-Glanzlack
wird steinhart und ist unverwüstlich
45 ₰
Elite-Fussbodenöl
riecht nicht, harzt nicht und ist staubfrei
per Pfund **32 ₰**
Fensterleder
per Stück **50 ₰**
Putztücher
per Stück von **19 ₰** an.

Philipp Luger u. Filialen
Karlsruhe, Durlach und Umgebung.

Ehe man Möbel
kauft, besichtige man unser aufs reichhaltigste ausgestattete Lager in **Wohnungseinrichtungen**, sowie einzelner Möbel in nur solid. Ausführung u. sehr billigen Preisen. 1309
Gebr. Klein,
Durlacherstr. 97/99.

In meinem Total-Ausverkauf

wegen vollständiger Geschäftsaufgabe ist noch reichhaltige Auswahl
Buckskins f. Herren- u. Knabenanzüge, Kleiderstoffe, Weisswaren u. sämtl. Aussteuerartikel
vorhanden, die ich mit **15—50%** auf seitherige Verkaufspreise abgebe. 1480

Adolph Willstätter,
Ecke Kaiser und Lammstrasse, eine Stiege hoch, Eingang **Lammstrasse 8.**

Geschäfts-Verlegung.

Ab heute, den 7. April, befindet sich unser Geschäft
35 Göthestr. 35
Ecke Körnerstraße
neben der Polizeiwache.

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H. 1553
26 eigene Verkaufsstellen.

Kraftsuppe **MAGGI's Gekörnte Fleischbrühe**
gibt augenblicklich – nur mit Wasser – vorzügliche Bouillon.

Bekanntmachung.

In dem für den städtischen Wasenmeister neu errichteten Gebäude Schlachthausstraße 17 (zwischen der Kaserne Gottesaue und der Eisenbahn) ist die Einrichtung zum Baden und Reinigen von Hunden getroffen.

Der städtische Wasenmeister ist berechtigt, für die auf Wunsch des Hundebesitzers vorgenommenen einzelnen Verrichtungen folgende Gebühren zu erheben:

für Reinigen eines großen Hundes	2.— Mk.
„ „ „ mittleren „	1.— „
„ „ „ kleinen „	0.60 „
„ ganzes Scheren eines großen Hundes	3.— „
„ „ „ „ mittleren „	2.— „
„ „ „ „ kleinen „	1.50 „
„ halbes „ „ großen „	2.— „
„ „ „ „ mittleren „	1.50 „
„ „ „ „ kleinen „	1.— „

Die Vergütung für andere Dienstleistungen, z. B. Einreiben und Salben der Hunde, bleibt der vorherigen Vereinbarung zwischen dem Besitzer des Hundes und dem Wasenmeister überlassen.

Karlsruhe, den 6. April 1908.

Der Stadtrat.
Föhrenbach. G. Beck.

Damenfrisiersalon
(separat) 326
eleg. eingerichtet allerneueste Haarwasch- u. Trockenapparate, gewissenhafte Haarpflege
perfekte Damenbedienung.
Billigste Preise.
Max Bierreth,
Luisenstr. 34.

Reparaturen
von
Fahrrädern u. Nähmaschinen
werden prompt und billig ausgeführt bei 159
K. Hartung & E. Rüger
Marienstraße 58.
Sämtliche Ersatzteile und Pneumatiks auf Lager.
Vertreter der
Göricke Westfalen-, Weil-, Victoria- u. Stahl-Fahrradwerke.
Bequ. Zahlungsbedingungen.
Fahrräder von Mk. 85 an
Nähmaschinen von Mk. 75 an

---

2. Geldlotterie
des Herzog Ernst Waldvereins Altenburg.
Ziehung 9.—12. Mai 1908.
Mk 45,000 bar.
Haupttreffer 20,000 Mk. usw.
3333 Gewinne auf 120 000 Lose
p St. 1 Mk., 11 St 10 Mk. durch
Carl Götz,
Bankgeschäft, Karlsruhe, ferner J. Antweiler, J. Eck, K. Graf, H. Meyle, P. Roth, Chr. Wieder u. Filialen. 1551

Kinderwagen bill. zu verk. Werderstraße 93, part.

Möbel-Ausverkauf
wegen Umzug.
10 Proz. Rabatt
auf sämtliche 977
Holz- und Polstermöbel.
Ca. 20 moderne Schlafzimmereinrichtg., versch. Wohn-, Eßzimmer u. Salons, sowie einz. Möbel.
Gelegenheitskauf f. Brautleute.
J. Kirrmann, Hebelstr. 4.
Franko-Liefer. n. auswärts.

Sportwagen, guterh., z. lieg. u. sitz. m. Dach u. Gummireifen für 10 Mk. zu verk. Hermannstr. 18.

Gesangverein Harmonie.
Karlsruhe.

Unsern Sängern zur Kenntnis, daß am kommenden **Mittwoch den 8. April, abends 9 Uhr,** unsere regelmäßigen Proben unter neuer Direktion beginnen.

Die Sänger werden ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. 1557

Der Vorstand.

1586 **Offenburg.**
1 bis 2 Schneider
(Großstückarbeiter)
finden Beschäftigung bei
Gustav Fritsch,
Herren-Maßgeschäft.

Grosse Badener Geld-Lotterie
zu Gunsten des Hamilton-Palais
Ziehung 28. April.
3288 Bargew. oh. Abzug
45.800 M
1. Hauptgewinn:
20,000 M
327 Gewinne:
15.000 M
2960 Gewinne:
10.800 M
Los à 1 M. { 11 Lose 10 M, Porto u. Liste 30 ₰
versendet d. Generaldebit
J. Stürmer
Strassburg i. E., Langestr. 187.
In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, H. Meyle, L. Michel, J. Dahringer, P. E. Friedenberger. 952
In Karlsruhe: E. Hage, Ch. Frank, A. Stauffert, F. Haselwander.

Mk. 650 000 000
4% Deutsche Reichs- und Preuß. kons. Staatsanleihe unkündbar bis 1918 in Stücken von Mk. 100.— bezw 200.— an.
Zeichnungen hierauf zum Ausgabekurs à 99.30 für Sperrstücke und 99½ für alle übrigen Stücke nimmt vor dem 11. April d. J. entgegen, wie auch alle bankgeschäftlichen Aufträge zu koulanten Bedingungen. 1561
Carl Götz, Bankgeschäft
Karlsruhe i. B. Hebelstr. 11

Wilh. Eckert, 2148
Uhrmacher, **Marienstr. 20,**
neb. dem Apollo-Theater
empfiehlt sein Lager in
Taschen- u. Wanduhren.
Billige **Reparatur-Werkstätte, Trauringe,** 8 u. 14 kar. gestempelt, das Paar v. M 12—27. Brillen u. Zwicker.

Jeden Dienstag u. Freitag prima frische
Leber- und Grieben-Würste
(Hausmacher Art)
sowie täglich 1164
prima Abhebfett
per Pfund 40 Pf.
Heinrich Lang
Metzger u. Wurstler
Degenfeldstr. 1, Ecke Durl. Allee.

Die noch einzel vorhandenen
Herrenkleiderstoffreste
werden, um zu räumen, mit
10% Rabatt
abgegeben. 1394
Arthur Baer,
Karlsruhe,
Kaiserstr. 93, 1 Treppe hoch

Freiburg
Empfehle meine 1133
Buchbinderei
zum Einbinden von Werken, Zeitschriften und zur Einrahmung von Bildern.
K. Schättgen
Hildastraße 7.

Brut-Eier
von edlen rebhuhnfarbigen Italienern per Stück 15 Pfg gibt ab 1331
Jean Haas
Karlsruhe, Essenweinstr. 20

Mittag- und Abendtisch
erhalten ordentliche Arbeiter zu 60 und 50 Pfg. bei **Wolf,** Adlerstr. 39. 3. St. 1462

Für Konfirmanden!
12 Visit von 1.80 Mk. an
Cabinet „ 4.50 „ „
Atelier Meess
Werderstrasse 31.

Bekanntmachung.

Im Hundezwinger des städt. Wasenmeisters, Schlachthausstr. Nr. 17 (zwischen Kaserne und Eisenbahn) befinden sich nachstehende herrenlose Hunde:
1. ein blaßgelb. Schnauzer, weibl.
2. ein gelber Pinscher, männl.,
3. ein blauer Dachshund, männl.,
4. ein gelber Boxer, männlich.

Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb drei Tagen abgeholt sind, getötet bezw. versteigert.

Karlsruhe, 4. April 1908.
Städt. Schlacht- u. Viehhof-Direktion.

Pfänder-Versteigerung.

Am **Mittwoch,** 8. April 1908, **vormittags von 9 Uhr** und **nachmittags von 2 Uhr** an, findet im Versteigerungslokal des Leihhauses, Schwanenstraße 6, 2. Stock, die
öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder
Nr. 14041 bis mit 17243
gegen Barzahlung statt.

Das Versteigerungslokal wird ½ Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet.

Die Kasse bleibt am Versteigerungstag geschlossen.

Karlsruhe, 28. März 1908.
Städt. Pfandleihkasse.

Fahrrad-Reparaturen
an Fahrrädern aller Systeme werden sorgfältig und billigst ausgeführt. 1288
Ferner empfehle meine patentamtlich geschützte
Luftpumpe
im Fahrradrahmen eingebaut und läßt sich in jedes Fahrrad leicht einfügen.
F. Metzler Mechaniker und Fahrradhändler
Karlsstraße 26.

Auf Gaggenauer
Gasherde
während dem Quartal
15% Rabatt
Ernst Marx, Luisenstr. 45.

Bruchsal.
2-Zimmerwohnung
(Mansarde) mit Zubehör in unserem Hause auf 1. Juli d. J. zu vermieten. 1562
Ortskrankenkasse Bruchsal.

Ein freundl. **Zimmer** mit zwei Betten ist an zwei sol. Arbeiter od. Fräulein zu vermiet., Ludwig-Wilhelmstraße 15, bei Kohl, a. St.

Möbliert. Zimmer
ist sofort zu vermieten.
Kaiserstr. 51, 5. St.

Neue Möbel. 1440
Bettstellen, Schränke, Küchenschrank, pol. Tische m. eich. Platte werden enorm billig verkauft. Zähringerstr. 37 im Laden. Anzusehen tägl. v. 5—7 Uhr.

Augartenstr. 77, Hh 1. St. sind sofort 2 gut möblierte Zimmer billigst zu verm. 1530

Essenweinstr. 6, 4. St. r., einf. möbl. Zimmer zu verm.

Georg-Friedriedrichstr. 13 5. St. r., möbl. Zimmer zu vermieten.

Lessingstr. 45, 5. St., schön. 2-Zimmerwohnung (Gas- u. Wasserkoset, p. 1. Juli z. verm. Näheres Roonstr. 9, 2. Stock.

Lorettostr. 1, 3. Freiburg, möbl. Zim. a. ord. Arbeiter oder Herrn zu vermieten.

Zimmer gut möbliert, billig zu vermieten.
1514 Rankestraße 20a, 2.

Hasen aller Rassen zu verk. od. Umtausch geg. Hühner. Marienstr. 36, 4. St.

Kinderwagen (weiß), zu verk. Scherrstraße 8, 4. St. lks

Sportwagen zu verkaufen. Humboldstr. Nr. 9, 3. rechts.

Weg. Wegzug z. verk.; 1 Kinderbettst. 1 Herd, 1 n. Waschk. gest., 1 Band i. fr. Stunden u. verschiedenes. Z. erfr. Mühlburg, Gluckstr. 62.

Unentgeltlich erteilt wird Zuschneideunterricht. Brauerstr. 5. 2. r.

Räumungsverkauf.

Wegen bevorstehendem Umbau meines Ladens gebe ich auf sämtliche **allerneuesten**

Herren- u. Knabenkleider doppelte Rabattmarken

oder **10%** in bar. 869

Auf **ältere Sachen 20%** bis **50%** oder entsprechende Rabattmarken.

L. Gretz, Marienstr. 27.

Geschäfts-Empfehlung.

Dem verehrlichen Publikum empfehle ich meine vollständig neu und modern eingerichtete

Schuhbesohl-Anstalt

22 Schützenstraße 22

Es ist mein Bestreben, meine Kundschaft durch Verwendung nur erstklassigen Materials, peinlichst saubere und rasche Bedienung in jeder Weise zufriedenzustellen. Ich bitte deshalb, bei eintretendem Bedarf mein Unternehmen freundlichst berücksichtigen zu wollen. Jedem Auftrag, auch der kleinsten Reparatur, widme ich die größte Sorgfalt.

Besonders empfehle ich mich im Besohlen von Schuhwaren, genäht oder genagelt. Spezialität: Chromsohlen, unverwüstlich und geschmeidig, Reparaturen von Gummischuhen und unsichtbare Nieter und auf Wunsch wasserdichte Patenteinlage. Neue Schuhe werden ebenfalls angefertigt. Garantie für tadellosen Sitz. Garantie für absolute Wasserdichtigkeit.

Jeder Schuh

muß innen vollständig trocken bleiben und wenn er stets ins Wasser gestellt wird, so wie die im **Schaufenster** ausgestellten Schuhe bereits **monatelang im Wasser** stehen. **Besichtigung erwünscht.**

Auch alte Schuhe werden wasserdicht gemacht. Dadurch, daß Sohle und Oberleder absolut wasserdicht sind, also immer trocken bleiben, ist die **Haltbarkeit eine viel längere.** Eine **Erkältung infolge nassen Schuhwerks ist ausgeschlossen.**

Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Auf Wunsch lasse ich die Schuhe abholen und wieder zurückbringen. 933

Ich bitte um geneigten Zuspruch und empfehle mich mit Hochachtung 993

Edmund Milzanschek

22 Schützenstraße Schuhbesohlanstalt Schützenstraße 22

Eier! Eier!

Nur ganz frische Ware zu Tagespreisen.

Wiederverkäufer, Bäcker und Wirte erhalten 100 Stück zu

5.80 Mark.

Trinkeier mit Stempel St. 8 Pfg.

Firma Bene Nachf.

Aeltestes Eiergeschäft am Platze

63a Schützenstrasse 63a.

Warum sind die Zähne so teuer?

Durch den geringen Umsatz!
Mein Prinzip ist:
„Grosser Umsatz, kleiner Nutzen".

Zähne von 2 Mark an

unter Garantie.

Ganze Gebisse, 28 Zähne, von 50 Mk. an. Reparaturen 1—2 Mk. Umarbeiten nicht passender Gebisse 1 Mk. per Zahn, Plomben von 1 Mk. an. Goldplomben 3—4 Mk. Zahnziehen 1 Mk.

Teilzahlung gestattet.

Meine vom Kaiserlichen Patentamt geschützten Gebisse sind der beste und schönste Zahnersatz und ist ein Abfallen vom Gaumen derselben unmöglich. Nachahmungen werden gerichtlich verfolgt. 11

Carl König, Dentist,
Kaiserstr. 124b, vis-à-vis dem Automaten-Restaurant

Badenia Fahrräder!

erstklassiges badisches Fabrikat

in schöner Auswahl und billigsten Preisen.

Reparaturwerkstätte mit Motorbetrieb.

Einsetzen von Freilaufnaben, vernickeln, emaillieren in eigenem Emaillierofen. Großes Lager sämtlicher Ersatzteile. Niederlage der **Continental Pneumatik-Marke** Mäntel, Schläuche 2c. unter Garantie. **Rabatt-Marken.** Radfahrervereine erhalten Engroß-Preise. Alleiniger Vertreter am Platze

J. Blum, 49 Schützenstrasse 49.

Achtung! Achtung!

Gastwirte von Karlsruhe u. Umgebung.

Hiermit laden wir sämtliche Gastwirte und Restaurateure von Karlsruhe und Umgebung höfl. zu der am

Mittwoch den 8. April, nachmittags halb 4 Uhr, bei Friedrich Möhrlein, Alte Brauerei Heck, Kaiserstraße 13

stattfindenden 1568

Oeffentl. Wirteversammlung

ein. Die Tagesordnung lautet:

Besprechung über die Gründung ein. freien Gastwirtevereins

Als Referent erscheint Kollege **Brand** aus Frankfurt a. M. — In Anbetracht dessen, daß diese Frage eine äußerst wichtige ist, ersuchen wir die Herren Kollegen um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Der Einberufer.

Wer da

rauf sieht, ein zartes, reines **Gesicht**, rosiges, jugendfrisches **Aussehen**, weiße, sammetweiche **Haut** und schönen **Teint** zu erhalten, der wasche sich nur mit der **echten** 844

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

v. **Bergmann & Co., Radebeul** à St. 50 Pf. bei:
Kronen-Apoth., Zähringerstr. 43.
Adler-Apotheke, Wilhelmstr.
Internat. Apotheke, Kaiserstr.
Wilhelm-Apotheke, Lessingstr. 4.
Carl Roth, Hofdrog., Herrenstr.
H. Bieler, Kaiserstr. 228. 844
J. Dehn, Nachf., Zähringerstr.
Alb. Salzer, Drogerie, Kaiserstr.
W. L. Schwab, Hofl., Amalienstr.
Drogerie Walz, Kurvenstr.
Otto Fischer, Drogerie Karlstr. 74.
J. Lösch, Drogerie, Herrenstr. 35.
Emil Dennig, Kaiserstr 11.
Otto Mayer, Wilhelmstraße.
i. **Mühlburg:** Straußdrogerie.

Neu eröffnet

Körnerstr. 9.

C. Bucherer

Lebensmittel-Konsumgeschäft.

Telephon 392.

8 eigene Geschäfte in Karlsruhe und Vorort.

1569

Kolosseum Freiburg

1556 **beim Martinstor.**

Nur noch wenige Tage
Die Sensation aller Sensationen

goldene Eva

lebende Gold-Patina-Bronze-Statuen.
Ferner das **vorzügliche Programm** mit
nur ersten Kunst-Sternen

Kassa 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr.
Vorverk. Colosseumskasse 11—12½ Uhr.

Das beste Waschmittel

ist

Dr. Thompson's SEIFENPULVER

½ ℔ Paket **15** Pfg.

Herrenhut-Spezialgeschäft

Frühjahrs-Neuheiten

in 1409

Herren- und Knaben-Hüten

Hermann Rinkler

38a Schützenstrasse 38a
gegenüber der Volksschule.

Stricken von Strümpfen ohne Nat sowie Anstricken empfiehlt Frau **Rothacker,** Gerwigstr. 14, S. 2. 1518

Georg Friedrichstr. 14, 2. l. saub. nett möbl. Zimmer an 2 solide bessere Arbeiter sof. zu vermieten. 1466

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 29. März bis 8. April: Otto, Vater Isidor Strehle, Gärtner. — Franz, Vater Hermann Weineich, Heizer. — Wilhelm Ernst, Vater Karl Ludwig, Reserveheizer. — Elisabeth, Vater Georg Hacker, Betriebsassistent. — Maximilian August Ludwig, Vater August Kaltenmaier, Kaufmann. — Albert, Vater Wilhelm Rebmann, Mechaniker. — Käthchen Luise, Vater Christian Föller, Kutscher. — Wilhelm, Vater Julius Dahn, Hofdiener. — Eugen Johannes, Vater Johannes Fischer, Bahnarbeiter. — Irma Frieda, Vater Wilhelm Dietsch, Schreibgehilfe. — Ida, Vater Wilhelm Neumaier, Bäckermeister. — Margaretha Johanna, Vater Karl Pfeifer, Mechaniker. — Ella, Vater Franz Antosch, Appreteur. — Karl Emil, Vater Karl Wild, Revident. — Else, Vater Ferdinand Ladenburger, Kaufmann. — Maria Anna, Vater Benedikt Kuhm, Schlosser. — Aaron, Vater Boris Lewy, Schlosser. — Hubert, Vater Josef Maier, Kaufmann.

Eheaufgebote vom 2. April: Johann Maile von Westerhofen, Metallschleifer hier, mit Emilie Murr von Hagsfeld. — Otto Taffe von Fischbach, Kaufmann in Laupheim, mit Olga Rieger von hier. — Augustinus Deibel von Dörlinbach, Schreiner hier, mit Else geb. Zeller, gesch. Heidt von Rastatt. — Karl Hasel von Baden, Revident hier, mit Elisabeth Kölsch von Wies. — Josef Ring von Dietersdorf, Schneider hier, mit Lydia Zöllner-Walter von Düsseldorf. — Karl Timens von hier, Fäßermeister hier, mit Lina Heißler von Ettlingen. — Friedrich Baßler von hier, Maschinenseher hier, mit Elisabeth Ankiewicz von Meefritz. — Otto Ober von Freiburg, Versicherungsinspektor hier, mit Frieda Helmling von Grünwinkel.

Eheschließungen vom 2.—4. April: Josef Groß von Zelatitz, Kaufmann hier, mit Pauline Guggenheim von hier. — Josef Kunz von Burbach, Schlosser hier, mit Luise Schmid von Ueberlingen. — Karl Kromer von hier, Bau-Ingenieur hier, mit Johanna Staiger von hier. — Georg Kraut von Heidelsheim, Milchhändler hier, mit Elisabetha Schmidt von Neckarbischofsheim. — Georg Eßßen von Oberroden, Werkmeister hier, mit Elisabetha Rädle von Stupferich. — Alexander Rothschild von Seesbach, Kürschner hier, mit Bertha Maier von Königsbach. — Dr. Ludwig Binswanger von Kreuzlingen, prakt. Arzt hier, mit Hertha Buchenberger von hier. — Hermann Dorner von Stockach, Forstassessor in Odenheim, mit Alice Eitel von Tiengen. — Andreas Flick von Seedorf, Portier hier, mit Lina Scharmann von Blankenloch. — Nikolaus Schumm von Schönau, Bahnarbeiter hier, mit Karoline Henning von Knittlingen. — Daniel Spindler von Ostelsheim, Schleifer hier, mit Maria Heitermaier von Schweigern. — Albert Farr von Dietenhausen, Küfer hier, mit Friederike Dennig von Wilferdingen. — Karl Maier von hier, Maler hier, mit Karoline Koch von Allmersbach. — Paul Wottge von Peterwitz, Schneider hier, mit Frieda Siebert von hier. — Wilhelm Huck von Gersbach, Stadttaglöhner hier, mit Elisabeth Nehmann von München. — Berthold Knappe von Bischdorf, Weißgerber hier, mit Maria Weßbecher von Au a. Rh. — Hermann Beckmann von Zepen, Schuhmacher hier, mit Philippina Förderer von Schöllbronn. — Friedrich Thomas von Münzesheim, Schlosser hier, mit Barbara Schwedes von Heidelsheim. — Emil Kachel von Mannheim, Bankdirektor in Neuß, mit Klara Binz von hier. — Friedrich Schäfer von hier, Eisenbahn-Assistent hier, mit Anna Dietsche von Durlach. — Friedrich König von Gaistal, Blechner und Installateur hier, mit Anna Wagner von Bruchsal. — Wenzel Gabrycl von Wrbitz, Maschinist hier, mit Friederika Raisch von Pfalzgrafenweiler. — Karl Kramer von Unadingen, Handelslehrer hier, mit Emilie Kerner von Rappenau. — Karl Nagel von Bahnbrücken, Bahnarbeiter hier, mit Luise Becker von Weiler. — Adolf Lenhard von hier, Taglöhner hier, mit Karoline Hofheinz von Hagsfeld. — Hermann Siegenführ von Ichenheim, Schreiner hier, mit Berta Klotz von Ichenheim.

Todesfälle vom 3. bis 4. April: Heinrich Oertel, Kaufmann, ein Ehemann, alt 60 Jahre. — Auguste, alt 11 Monate 26 Tage, Vater Jakob Kaiser, Taglöhner. — Julie Schreiber, alt 58 Jahre, Witwe des Depot-Arbeiters Johann Schreiber. — Wilhelmine Wolff, alt 67 Jahre, Ehefrau des Fabrikanten und Kommerzienrats Wolff.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 23.—30. April: Friedrich, Vater Ludwig Goos, Fabrikarbeiter. — Viktor, Vater Viktor Fassel, Schlosser. — Hilda, Vater Karl Johann Guthmann, Schreiner. — Alfred Walter, Vater Heinrich Hertel, Mechaniker. — Anna Maria, Vater Jakob Lorch, Schlosser. — Klara, Vater Edmund Schneider, Eisendreher. — Klara Gertrud, Vater August Sprang, Maschinenschlosser.

Eheschließungen vom 28.—30. März: August Meier, Fabrikarbeiter von Durlach und Maria Sofie Kunen, ohne Beruf von Eßlingen (Württemberg). — Franz Ludwig Hetzler, Eisendreher, und Luise Christine Kiefer, ohne Beruf, beide von Durlach. — Wilhelm Jakob Zähringer, Kaufmann von Karlsruhe, und Frida Krieg, ohne Beruf, von Durlach.

Sterbefälle vom 28. März bis 1. April: Friedrich Bernhard Kiefer, lediger Fabrikarbeiter, 36 Jahre alt. — Magdalena Brombacher geborenen Mußgnug, Witwe, 57½ Jahre alt. — Metzgermeister Ernst Löffel alt, Ehemann, 65 Jahre alt.